

Wochenschrift

Zentralorgan für die gesamten Interessen des Judentums

A. A. Polyparkenamt
Clearing-Verkehr: 810.978

Redaktion und Administration:
Wien
II/1, Praterstraße 9
Telephon: 45.359.

Wien, 7. März 1919

Erscheint jeden Freitag

Brief-Adresse: Wien, II/1, Praterstraße 9
Telegramm-Adresse: Bloch's Wochenschrift Wien.

Bezugspreis:
Halbjährig 10 Kronen
Ganzjährig 20 Kronen
Einzelgekündigte 50 Heller
Anzeigen: Zur 2mal gespannte
Zeitung 80 Heller.

Inhalt: Beiträge: Ein Vorschlag zur Judenfrage. — Vom Jahrmarkt des Lebens: Glossen zur Tagesgeschichte. — Die Rumänen und die Siebenbürger Juden. — Für die volle Gleichberechtigung der Juden. — Kurt Eisner. — Hilfsaktion für die Opfer der Pogrome in Galizien. — Korrespondenzen: Der Wahlrechtsstreit in der israelitischen Kultusgemeinde. — Jüdisches Kriegswaisenheim in Erez Israel. — „Die Hilfskommission 1915 für Palästina.“ — Verband der jüd. Religionslehrer an den deutschösterreichischen Mittelschulen. — Wien. — Vermischtes. — Feuilleton: Die Talmudistin. — Briefkasten. — Inserate.

Ein Vorschlag zur Judenfrage.

Von Dr. Samuel Rappaport.

Seit nahezu zweitausend Jahren beschäftigt die Judenfrage die zivilisierte Menschheit. Ein wunder Punkt, an dem Europa unaufhörlich frant und franten wird, insolange das vor zweitausend Jahren vom brutalen, herrschsüchtigen Rom am jüdischen Volke verübte grausame Verbrechen nicht wieder ganz und radikal gutgemacht werden wird. Die Judenfrage will von der Zagedronung der Völker nicht verschwinden. Die Mittel, die zur Lösung dieser brennenden Frage angewendet wurden und zum Teil angewendet werden, sind, je nach dem Kulturgrade und den Verhältnissen der betreffenden Völker, verschieden: Beschränkungen aller Art, die den Volksorganismus zerstören und nicht lebensfähig bleiben lassen, Bekehrungen zur Religion der Liebe mit Hilfe von Scheiterhauen und alleart raffiniert ausgedachter Torturen, Massenabschlachtungen, die heute den modernen, aus dem russischen Wörterbuch gelehnten Namen „Pogrome“ tragen, lügnerische Verleumdungen und grundlose Verdächtigungen, endlich die gelinderte und sanfteste Methode, die man mit „Assimilation“ bezeichnet. Das eigentliche Hauptziel aller dieser Versuche und Mittel zur endgültigen Lösung der Judenfrage bedeutet in seinem eigentlichen Kern die Vernichtung, bzw. allmähliche, restlose Auflösung des jüdischen Volkes. Alle diese Versuche haben schmälerlich versagt. Sämtliche Bestrebungen, das Judentum aus der Reihe der Völker zum Verschwinden zu bringen, sind trotz aller Leiden und Verfolgungen an der ewig-jungen, immanenten Lebendkraft des jüdischen Volkes zerschellt. Zwar hat jeder über das jüdische Lager einherbrausende Sturm manch Opfer gekostet. Jede über das Judentum gesommene schwere Zeit hat uns mancher Glieder beraubt. Jede Verfolgung hat Überläufer, d. h. verräterische Täuslinge, im Gefolge gehabt. Der Wind hat die gebrechlichen und faulen Stämme weggefegt. Was übrig blieb, war rein und konnte trotz

überstandener Leiden seelisch und sittlich erstarcken und um so mächtiger sich entfalten.

Der große Weltkrieg hat wieder die Judenfrage kräftig ins Rollen gebracht. Durch den im Gefolge der gewaltigen Erstürmungen im slawischen Osten entstandenen Umsturz wurde die Lösung der Judenfrage besonders akut.

Was das zivilisierte Europa schon vor vielen Jahren zur positiven, natürlichen Lösung der Judenfrage hätte tun können: nämlich die Schaffung eines autonomen jüdischen Zentrums in Palästina, was beim Einzug der sogen. Signatarmäde gewiß nicht schwer gewesen wäre, soll jetzt, als Voraussetzung nach, Wirklichkeit werden. Die führenden Mächte der Entente, und vor allem England, haben feierlich versprochen, im alten Erblande des jüdischen Volkes, in Erez Israel, eine jüdisch-autonome Heimstätte zu schaffen. Die Frage der Lösung des jüdischen Problems ist nun endlich in die einzige richtige Bahn geleitet. Der glückliche Anschluss dazu ist gegeben. Eine restlose Lösung dieser Frage jedoch bedeutet dies aber bei der Lage der Dinge in Europa im allgemeinen und insbesondere im slawischen Osten noch keineswegs.

Palästina, durch zweitausend Jahre verlassen und verödet, muß erst durch fleißige und zielbewußte Arbeit für eine stärkere Emigration aufnahmefähig gemacht werden. Suizessive und planmäßig muß der jüdische Auswandererstrom nach Palästina in die Wege geleitet werden. Es müssen noch Jahre vergehen, bis Palästina von Juden gehörig bevölkert und für alle Einwanderer Arbeitsmöglichkeit und wirtschaftliche Betätigung geschaffen sein wird. Aber auch in diesem Falle wird Palästina, selbst bei einer möglichst zulässigen Bevölkerungsdichte bloß einen Teil der etwa 14 Millionen zahlenden Seelenzahl der Juden aufnehmen können. Der nicht unbeträchtliche Rest wird noch immer im Galut bleiben müssen. Was wird nun weiter mit diesen geschehen?

Die Berichte, die aus dem Osten über die Lage der Juden daselbst zu uns gelangen, lauten sehr trübe. Die nach altbewährtem zaristischem Muster inszenierten Pogrome größeren und kleineren Stils, von denen wir jetzt täglich mit Schaudern hören, und die an Umfang, Bestialität und Grausamkeit ihre Vorgänger in den Schatten stellen, lassen schon jetzt eine äußerst triste Zukunft für diejenigen Teile des jüdischen Volkes, die in ihren bisherigen Wohnsätzen — sei es noch eine Zeitlang oder für immer — werden bleiben müssen, voraussehen. Der herzerreißende Wehruf der jüngsten Pogromopfer aus den letzten Tagen konnte noch die in Paris tagende Friedenskonferenz, die heute noch den Schlüssel Europas in Händen hat und bei gutem Willen momentan auch was zu tun vermag, erreichen. Wird sie es aber auch morgen tun können? Oder besser gesagt: Wird sie auch morgen völkerrechtlich zu tun befugt sein? Wird sich nicht nach Fertigung des Friedensvertrages wieder die alte Schranke, „die völkerrechtlich unbefugte Einmischung in die inneren Verhältnisse eines befreundeten Staates“ (die stereotyp Begründung der Toleranz aller russischen Pogrome von Seiten der zivilisierten Staaten), an den Grenzpfählen gewisser Staaten auftun und es wieder möglich machen, daß Massenmorde und Brandstiftungen vor den Augen Europas an der jüdischen Bevölkerung ungestrafft verübt werden? Welches Mittel könnte gefunden werden, das völkerrechtlich gestattet, sich doch „in die inneren Verhältnisse eines befreundeten Staates einzumischen“, wenn es notwendig erscheinen sollte, eine schwache und hilflose jüdische Bevölkerung vor den Brutalitäten einer gewissenlosen Regierung und dem Blutdurst vertierter Massen erfolgreich zu schützen?

Diese heute mehr denn je akute Frage will ein anonyme Verfasser in einer in den letzten Tagen ohne Titelblatt erschienenen, bloß acht Seiten enthaltenden Flugschrift, die den Titel trägt: „Ein Vorschlag zur Judenfrage“, zu lösen versuchen. Der Verfasser scheint weder zur Partei der Nationaljuden noch zu der der sogen. Assimilierten zu gehören. Es gibt Juden, sagt der Verfasser, und das sind die Mehrzahl, die auf dem Boden des traditionellen Glaubens stehen, andere dagegen finden Kraft und Mut zur Ausdauer im Glauben an die jüdische Nation. Die Juden aber, meint der Verfasser, sind weder eine konfessionelle Gemeinschaft, da viele doch auf dem Boden des Glaubens im Judentum wurzeln und doch sich als gute Juden fühlen, ebensowenig bilden sie eine Nation, da ihnen die spezifischen Merkmale einer Nation (?), und zwar die gemeinsame Umgangssprache, fehlen. Für den Verfasser bilden die Juden eine durch die Bande des „Schicksals und der Geschichtseinheit“ unzertrennbare und in sich eng geschlossene Einheit.

Das Thema, ob die Juden eine religiöse, nationale, religiös-nationale oder gar bloß eine „Schicksals- und Geschichtsgemeinschaft“ — wie der Verfasser glaubt — bilden, wollen wir hier nicht näher beleuchten, zumal der Verfasser über dieses Problem sehr schwach unterrichtet zu sein scheint, und dasselbe sehr leicht und oberflächlich behandelt, wobei dieses Problem im allgemeinen zu der in der Flugschrift angeführten Frage, die uns hier in erster Linie interessiert, wesentlich nicht gehört.

Der Verfasser beweist in kurzen, aber markanten Säcken die Aussichtslosigkeit und Absurdität des sogen. Assimilationsgedankens. „Will sich ein Jude“, sagt derselbe, „zu dem Volle bekehren, bei dem er lebt, ist er ein lästiger Fremdling; bekennt er sich daraufhin zum jüdischen Volkstum, ist er ein Verräter am Volke, dessen Gastfreundschaft er genießt.“ Wie es der Jude

tut, kann er es niemals, seinen nichtjüdischen Mitbürgern gegenüber, recht machen. Inzwischen umbranden uns die Wellen der antisemitischen Hochflut und drohen unser Leben und die Schäfe unserer Seele zu verschlingen. Wir müssen schon jetzt Mittel und Wege suchen, daß auch wir und unsere Nachkommen von den Greueln, unter denen wir und unsere Vorfahren so unzählig gelitten und noch immer leiden, nicht auch in Zukunft heimgesucht werden.

Zwei Hauptpostulate sind es, auf deren Verwirklichung wir alle jetzt unser Hauptaugenmerk richten und die unser größtes Ziel bilden müssen: Erstens muß unser Bestreben dahin gerichtet sein, daß Erez Israel, wie einst, jetzt wieder ein autonomes jüdisches Land werde; zweitens müssen alle Juden, ohne Unterschied der religiösen oder politischen Richtung sich organisieren und sich frei zum jüdischen Volkstume bekehren. „Und heute müssen wir es sagen, sonst schenkt die Weltgeschichte uns vielleicht niemals wieder einen Augenblick, den wir nutzen könnten, wie diesen...“

Wie soll es aber mit den im Galut Zurückgebliebenen werden, und was könnte getan werden, um sie künftig hin vor Verfolgungen und Drangsalierungen zu schützen? Hier steht eben die Hauptidee der Flugschrift ein, und der Verfasser versucht, diese heiße Frage folgendermaßen zu beantworten: Nach den feierlichen Zusagen — in erster Linie Englands — soll in Palästina ein jüdisch-autonomes Staatswesen geschaffen werden. England, als unmittelbarer Erbauer Palästinas, soll die Oberherrschaft über dasselbe, etwa nach dem Muster der anderen englischen Dominions, wie z. B. Indien oder Kanada, erhalten, was auf der Friedenskonferenz festzusehen wäre. Die Juden der ganzen Welt — auch diejenigen, die nach Palästina nicht auswandern und weiterhin im Galut vorübergehend oder dauernd bleiben — sollen das Recht bekommen, „innerhalb einer angemessenen Frist auf dem Wege der Immatrikulation zum palästinensischen Judenstaat und damit eo ipso zur englischen Staatszugehörigkeit sich zu bekennen. Somit würden die meisten Juden der Welt Kraft des Friedensvertrages englische Staatsbürger.“ Die Zugehörigkeit zu Anglo-Palästina würde für die allermeisten Juden, ohne Rücksicht auf deren Wohnsitz, eine Erlösung von unerträglicher Sklaverei, Entrichtung und Verfolgung bedeuten. Wenn auch viele, speziell in Wohlhabenheit oder in hervorragenden Stellungen sich befindende Juden für sich von diesem Rechte keinen Gebrauch machen wollen oder können, soll ihnen aber das Recht eingeräumt werden, ihre minderjährigen Kinder für Anglo-Palästina zu immatrikulieren. Für die jüdischen Bewohner derjenigen Länder, in denen die giftige Saat des Antisemitismus kräftige Blüten freibt, und wo die Juden täglich an Hab und Leben sich arg bedroht sehen, würde ein solch Sichbelennen zur anglo-palästinensischen Staatszugehörigkeit einen sicher wirksamen Schutz und Schirm bedeuten. Hinter den Befolzten stünde das große England, das seine Bürger überall, wo sie auch wohnen mögen, zu schützen wohl in der Lage ist. Ein Judentum pogrom hieße dann ein Englanderpogrom, und es gibt wohl keinen Staat, der das gefährliche Spiel versuchen würde, durch einen Judentum pogrom in Konflikt oder sogar in kriegerische Verwicklungen mit England zu geraten.

Es würde sich aber fragen, ob England darauf eingehen und ob es sich für dasselbe lohnen würde, solche Pflichten auf sich zu nehmen, gegenüber Judentum pogrom oder sonstiger Art der Verfolgung tätig für seine südlichen Bürger überall einschreiten zu müssen. Darauf

könnte man folgendes erwidern: Der Antisemitismus und seine furchtbaren Begleiterscheinungen sind nur dadurch möglich, weil seine Opfer — die Juden — schwach, wehr- und schutzlos dastehen. Drangsalierungen und Pogrome sind nur gegen hilflose Teile eines Volkes, hinter denen niemand steht, und deren sich kein Mächtiger annimmt, möglich. Gegen englische Bürger, und als solche würden alle auf Anglo-Palästina immatrikulierten Juden zu betrachten sein, würde kein Volk Verfolgungen, Rechtsverleugnungen oder Kränkungen welcher Art immer wagen. Schon die Tatsache an und für sich und das Bewußtsein, daß über den bisher verfolgten Juden die schükende Hand Englands ruht, würde den Antisemitismus wirkungslos machen und mit der Zeit ihm den Boden vollends untergraben. Die breiten nichtjüdischen Volksmassen, die fortwährend gegen die Juden verhekt und aufgereizt werden, würden bald ihren Judenhass vergessen, nachdem die Führer denselben nicht mehr als Politikum werden mißbrauchen können und in diesem gründlich umzulernen sich genötigt seien werden. Das Volk ist leicht zu lenken, zum Guten wie zum Bösen. Der Antisemitismus wird überall von oben angefaßt und lebendig erhalten, und wenn von hier aus die Heze aufhört, werden auch die in der Masse wohnenden bösen Instinkte von selber ihre Gefährlichkeit verlieren. Die Engländer aber würden in diesem Falle dafür auf der ganzen Erdkugel treu ergebene und dankbare Bürger bekommen, die in altbewährter Tüchtigkeit, selbst in den entferntesten Ländern Pioniere englischer Kultur und Gesittung würden, und zugleich nicht wenig zur Mehrung englischen Einflusses und Ansehens beitragen.

Soweit mehrweniger in kurzen Zügen der Gedankengang des Verfassers. Man merkt es an der Flugschrift, daß der Verfasser dieselbe in großer Eile, als ob er etwas zu versäumen befürchtete, geschrieben, und deswegen sich in die von ihm aufgeworfene Idee zu vertiefen und sie zu Ende zu denken, keine Zeit hatte. Auch scheint er über die allgemeinen inneren Verhältnisse der Juden in den verschiedenen Ländern nicht gehörig informiert zu sein; nachdem er voraussetzt, daß alle Juden überall ihre bisherige Staatsbürgerschaft zugunsten der anglo-palästinensischen Immatrikulation aufgeben würden. Selbst wenn Juden in hervorragenden Stellungen, z. B. als Politiker, Staatsangehörige, Literaten u. dgl., nicht verzichten würden, meint der Verfasser, solle ihnen das Recht gewahrt werden, ihre minderjährigen Kinder für Anglo-Palästina zu immatrikulieren.

Der Verfasser scheint das Wesen der jüdischen Psyche nicht genügend studiert zu haben. Er übersieht, daß bei den allermeisten Juden, auch bei denjenigen, die jüdisch-national wie religiös tief empfinden und vom sehnlichsten Wunsche einer Rückkehr des jüdischen Volkes in das Land seiner Väter erfüllt sind, daß im Herzen auch aller dieser eine innige Liebe und Unabhängigkeit zum Lande, in dem sie geboren und großgezogen worden sind, tief verankert ist. Nicht viele werden es sein, speziell in den Ländern des Westens, die, insofern sie nicht nach Palästina auswandern sich entschließen, sich bei aller Liebe zu Zion, bereitfinden würden, auf ihre bisherige Staatszugehörigkeit zugunsten von Anglo-Palästina zu verzichten. Wie stark das patriotische Empfinden der Juden zum Lande, in dem sie geboren sind, in ihnen lebt, hat dieser Weltkrieg gezeigt, indem die Juden selbst für Länder, wo der Antisemitismus in reichster Blüte steht, in beispieloser Hingebung ihr Blut und Gut freudigst hingeopfert haben. Es müsse noch dabei in Betracht gezogen werden, daß bei den allermeisten Juden des Westens, von Frankreich

und Italien schon gar nicht zu sprechen, das jüdisch-nationale Empfinden und das jüdisch-völkliche Solidaritätsgefühl, wenn auch von einer ausgesprochenen Assimilation nicht gesprochen werden kann, stark verblaßt ist. Sie sind zwar unter den sie umgebenden Völkern keineswegs aufgegangen und von denselben organisch auch nicht aufgenommen, aber immerhin haben sie sich vom Judentum und seinen traditionellen Idealen ziemlich weit entfernt. Sie leben in ihrem moralischen Ghetto nicht außerhalb des Judentums, aber auch nicht innerhalb desselben. Es wäre nicht nur eine Absurdität, sondern auch eine Ungerechtigkeit, diese in der Entfernung vom Judentum und seiner Kultur, durch die Schuld der Verhältnisse, weitabgekommenen Juden zum Verzicht auf ihre bisherige Staatsbürgerschaft gezwungen oder auch bloß moralisch zu veranlassen. Es würde dies übrigens aus verschiedenen anderen Gründen nicht opportun erscheinen, zumal wenn es sich um jüdische Bürger handeln sollte, die ihren bisherigen Wohnsitz nie zu verlassen gedenken, und da es sich nicht voraussehen läßt, welche politischen Konstellationen die Zukunft in sich bürgt... Der wütende Antisemitismus würde, wenn ein jüdisch-autonomes Palästina geschaffen wird, schon durch diese Tatsache für sich seine Gefährlichkeit und Aggressivität mit der Zeit verlieren. Der Jude würde auch in der Fremde nicht mehr vom Gefühl der Verlassenheit und Bodenlosigkeit geplagt werden, und der Nichtjude würde dann im Judentum nicht mehr den heimatlosen, vereinsamten Wanderer sehen, den man für alle Sünden ungestraft büßen lassen kann, auch wenn die für stabil Zurückgebliebenen auf ihre bisherige Staatsbürgerschaft nicht verzichten. Das Bewußtsein, daß jenseits des Meeres ein autonomer, unter englischer Oberhoheit stehender jüdischer Staat existiert, würde selbst dem halb assimilierten Juden ein stolzes jüdisches Selbstbewußtsein und dem Nichtjuden Achtung und Respekt einflößen müssen.

Anders liegen aber die Verhältnisse im Osten. Die Ostjuden sind in der überwiegenden Mehrheit dem Judentum, bezw. der jüdischen Kultur nicht nur nicht entfremdet, sondern sie leben fast alle in dem von den Ahnen ererbten Geiste und ihrer Tradition. Ihr Volkstum, zu dem sie sich bekennen und das sie leben, ist das jüdische; das Ziel ihrer Sehnsucht ist — Zion. Auch sie empfinden tiefe Treue und Unabhängigkeit zum Boden, auf dem sie geboren. Hass und Verfolgung jedoch machen ihnen diese Heimat zur Hölle und das Leben in derselben zur unerträglichen Qual. Irgendwelcher Bürgerrechte, gleichgültig, ob solche auf dem Papier gewährt wurden oder nicht, haben sich die Juden des Ostens praktisch nie erfreut. Im Gegenteil! Der Wahlzettel ward stets für sie, indem sie von demselben frei Gebrauch machen wollten, zur Ursache vieler Leiden und Quälereien. Die Verhältnisse haben sich in den letzten Dezennien und speziell in den allerleisten Tagen derart zugespielt, daß ein sehr großer Teil der Ostjuden wird freiwillig oder unfreiwillig nach Palästina auswandern müssen. Sie dürfen das Hauptkontingent der künftigen Bevölkerung Palästinas bilden. Schon heute harren sehnüchsig gewaltige Massen im Osten des erlösenden Momentes, an dem sie von ihren Qualen befreit werden und in das Land ihrer Sehnsucht, nach Palästina, fahren dürfen. Nur mit Mühe gelingt es den zionistischen Organisationen, denandrang aufzuhalten und einer schädlichen, überstürzten Emigration Einhalt zu gebieten. Die Emigration nach Palästina wird nur etappenweise, nach Maßgabe der Verhältnisse in Palästina, vor sich gehen können, und werden noch Jahre vergehen müssen, bis Palästina eine größere jüdische Bevölkerung wird aufnehmen und ernähren kön-

nen. Inzwischen wird für die Juden der Boden im Osten immer heißer und heißer. Neben Pogromen, Entrichtungen und raffiniertesten Verfolgungen aller Art wird noch im Osten ein gut organisierte wirtschaftlicher Boykott gegen die Juden ins Werk gesetzt, der die jüdische Bevölkerung dem Hungertode preisgeben, bzw. zur Auswanderung zwingen soll. Alle Mächte im Osten, angefangen von der krassesten Reaktion bis zum äußersten Radicalismus, haben sich gegen die Juden verschworen. Diese sieht im Juden die Ursache der Revolution, wie allen Umsturz, dieser hingegen die Säule der Bourgeoisie, wie des Kapitalismus. Wenn auch ein großer Teil der Ostjuden wird auswandern müssen, kann dies, wie schon oben bemerkt, nur sukzessive geschehen, und wird noch immer ein beträchtlicher Teil im Lande zurückbleiben müssen. Hier könnte die vom Verfasser aufgeworfene Idee nützbringend verwirkt und für viele Tausende Rettung aus Not und Qual werden. Die Immatrikulation auf Anglo-Palästina würde mit einem Schlag die schwarze Wolke, die schwer am Himmel der Ostjuden lagert, verstreuen. Der Schutz des mächtigen Albion würde den unter den schrecklichsten Verhältnissen lebenden, täglich bedrohten, durch unmenschliche Behandlung verlumpten Ostjuden zur herrlichen Entfaltung und Entwicklung ihrer hervorragenden, aber fühlisch niedergehaltenen geistigen und sittlichen Kräfte zum Wohle der Menschheit und in erster Linie zum Nutzen des jüdischen Volkes seine Hilfe verleihen. Man denke sich z. B. die spirituelle Erlösung der rumänischen Juden, denen trotz Erfüllung aller bürgerlichen Pflichten bisher nicht nur das Bürgerrecht — entgegen den Verpflichtungen des Berliner Vertrages — vorenthalten wurde, sondern die noch allerlei grausamen Verfolgungen und Bedrückungen preisgegeben worden sind, ohne daß jemand legitimiert gewesen wäre, für dieselben einzuschreiten. Diese schußlosen „Fremdlinge“ würden nun statt ihrer Immatrikulation zu Anglo-Palästina stolze, vollberechtigte Bürger des mächtigen England werden, unter dessen Schutz sie ruhig und unbehelligt auf ihren bisherigen Wohnsitzen würden leben und wirken können. Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß in diesem Falle diese und ähnliche Regelungen sich wohl hüten würden, zu zaristischen Mitteln in der Behandlung der Juden zurückzugreifen, wodurch wenn auch noch nicht ganz, so doch immer ein großer Teil der alten ostjüdischen Frage gelöst erscheinen würde.

Die vom Verfasser angeregte Idee trägt trotz mancher Mängel in ihrem Innern einen recht gesunden Keim, und erscheint es gerade heute sehr angezeigt, daß dieselbe von maßgebenden Kreisen reiflich erwogen und ernstlich durchdiskutiert werde, denn „sonst schenkt die Weltgeschichte uns vielleicht niemals wieder einen Augenblick, den wir nutzen könnten, wie diesen...“

Vom Jahrmarkt des Lebens.

Glossen zur Tagesgeschichte.

Man sieht jetzt klar und deutlich, wie sich die Christlichsozialen für ihre Niederlage bei den Wahlen rächen. Die Zufuhr nach Wien steht jetzt darart, daß sich die Leute um Rüben anstellen und daß als Nahrungsmittel Haifischleisch angeboten wird. Man merkt den Zusammenhang. Die Christlichsozialen Landwirte haben den Befehl bekommen, daß nach der sozialdemokratischen Hauptstadt nichts geliefert, deren unzulässige Währerschaft bestraft werden solle. Was sind denn der Rathauspartei Gesetze, Menschlichkeit und Recht? Die Entente sogar zeigt ein gewisses Mitleid und schlägt der von den Christlichsozialen zu-

grunde verwalteten Stadt Alshilfen. Nur die Christlichsozialen sind unharmherzig, sie, die so gern vom „alttestamentarischen Haß“ sprechen. Sie sagen dagegen bei ihrer Agitation, daß Wien von den Juden ausgehungert wird. Jetzt zeigt sich jedoch, wer die wahren Schuldbigen sind und wie gleichmäßig sie der Hungersnot gegenüberstehen. Ein einziger landwirtschaftlicher Bezirk hat mehr als alle Juden Wiens zusammen genommen, aber unbarmherzig wird von den agrarischen Kriegsgewinnern und Kriegswucherern alles zurückgehalten. Sie brauchen ja auch keinen Profit mehr, denn mit Geld sind sie geradezu gemästet und gehen jetzt daran, ihre unbeschränkte Macht zu zeigen. Was kümmern sie sich um Vorschriften? Als die Christlichsozialen noch an der uneingeschränkten Macht waren, haben sie dafür gesorgt, daß auf dem flachen Lande niemand anderer zu befehlen habe als die Dekonomen, um deren Gunst der Bezirkshauptmann und sein ganzer Stab buhlen müßte. Die Beamten taten es gerne, denn auch sie sind ja christlichsoziale Vertrauensmänner. Und nun sollen sie die Autorität des Staates verkörpern und bei den Bauern die Lieferungen durchsetzen?

Man hätte auch die letzten Christlichsozialen aus Wien hinausgeworfen, wenn man in der politischen Agitation stärker auf diese Verbindung mit den Landwirten hingewiesen hätte. Es fällt ja dieser unzulässigen aller Parteien gar nicht ein, den Willen und die Interessen ihrer städtischen Wähler zu beachten. Sie ist weiter nichts als die Wiener Vortruppe der Agrarier, in deren Auftrag sie die Kriegsheze gemacht hat, mit deren Beistand sie Kriegsgewinne einheimste und für deren Bedürfnisse sie die Gesetze machte. Nun geht die Politik wieder umgedreht. Die Wiener Vortruppen verlangen von der Hauptmacht, daß die Stadt ausgehunert werde und diese sperre ihre Magazine. Wenn das die Juden täten! Aber die Christlichsozialen dürfen es wagen, weil noch nicht die ganze Bevölkerung erkannt hat, welche Moral sie besitzen. Vaterland, Republik, Gesetze und Mitleid sind ihnen gleichgültig. Der Gott Rimm hat ihnen nur ein einziges Gesetz verkündet, das Gesetz der Vereidigung um jeden Preis und das befolgen sie ohne Rücksicht auf die Opfer, die Hungers sterben. Und diese Partei wollte die Herrschaft im Staate haben.

* * *

Der Herr Weißkirchner fürchtet die Götterdämmerung, die für seine Herrschaft im Rathaus mit Sicherheit herannahrt. Man hat hier genug von seiner Verwaltung und Politik. Mit der ihm eigenen Geschicklichkeit sucht er nun schon vor der Abdankung wieder ein warmes Plätzchen, wo er seine vielen Staatspensionen noch um einen schönen Betrag vermehren und seinen Machthunger befriedigen kann. Seine Trabanten stoßen denn auch bereits in vielen Blättern in die Posaune und proklamieren den Mann als Anwärter auf verschiedene Stellen, wie zum Beispiel auf das Staatsamt für Handel und das Präsidium der Nationalversammlung. Es wäre jedoch geradezu ein Unglück für den neuen Staat, wenn dieser hohlste aller unsfähigen Politiker tatsächlich an eine verantwortliche Stelle käme. Man kann sich wohl noch an seine Phrasenrede erinnern, in welcher er schon während der Annexionskrise den damaligen Kaiser bat, „dieser Ungewissheit ein Ende zu bereisten“. Er hat also im Sinne des Erzherzogs Franz Ferdinand schon damals Kriegsgeheze getrieben. Als christlichsozialer Parteihäuptling hat er auch ohne Zweifel im Jahre 1914 gewußt, daß ein Krieg bevorsteht, aber er hat weder damals noch nachher einen Finger gerührt, um für die Versorgung Wiens etwas vorzuführen. Als alles schon verloren und die bittere Not eingelehrt war, hat er nicht etwa an seine Parteigenossen appelliert, sondern immer wieder die Regierung einer Unfähigkeit und Sorglosigkeit beschuldigt.

die er selbst im höchsten Maße gezeigt hat. Wie es mit seiner persönlichen Weltanschauung steht, hat sich nach dem Tode des Bürgermeisters Lueger herausgestellt. Dieser Protektor Weiskirchners wollte bekanntlich, daß sein Schüling sein Nachfolger werden solle. Aber Weiskirchner hatte keine Zeit und keine Lust. Er hoffte damals, Ministerpräsident zu werden, sprang aber daneben und wurde nur Handelsminister. Auch von diesem Amt hat er ein merkwürdiges Andenken hinterlassen. Er unterschrieb den bekannten Vertrag mit Ungarn, nach welchem nur eine verschwindend geringe Menge von billigem Fleisch aus Argentinien nach Österreich eingeführt werden durfte. Die ungarische Presse erzählte damals höhnisch, diese Unterschrift sei nach einem Bankett gegeben worden, bei welchem mehr Champagner getrunken wurde, als der österreichische Handelsminister vertrug. So wurden wir nicht nur den ungarischen Agrariern ausgeliefert, sondern auch die Handelsbeziehungen mit einem wichtigen überseeischen Staat empfindlich gestört. Und der Mann, der das getan und vieles Notwendige unterlassen hat, soll nun wieder Staatssekretär für den Handel werden?

Was aber den Vorsitz in der Nationalversammlung anbetrifft, haben wir Weiskirchner als Vorsitzenden im Gemeinderat schon genügend kennen gelernt. Er leitet nicht etwa die Debatte, sondern seine Partei- und gebraucht seine Macht, um die Gegner seiner Politik mit den schärfsten Mitteln niederzuhalten. In der Nationalversammlung ist jedoch der Haushaltsparagraph unmöglich und ihr Vorsitzender muß nicht nur allgemein anerkanntes persönliches Ansehen haben und ebensoviel Weisheit als patriotisches Empfinden, um die Gegensätze auszugleichen und die fruchtbbringende Arbeit und ruhige Einigkeit zu fördern. Das ist kein Platz für einen christlichsozialen Parteimann, dem sein Vorteil die wichtigste Angelegenheit ist. Weiskirchner soll nur wieder in dem Dunkel verschwinden, aus dem er gekommen ist und dort die vielen Pensionen verzeihen, die er sich geschickt zu etwerben verstand.

Man sieht täglich von neuem, wie sich die Polen durch Kultur und Zivilisation den Schutz verdienen, welchen ihnen die Entente angedeihen läßt. Zur Feier ihrer nationalen Vereinigung und staatlichen Selbstständigkeit haben bekanntlich eine Reihe großer Pogroms stattgefunden und auf die Wissenschen Reden von der Völkerversöhnung und Brüderlichkeit folgten Menschen schlächtereien und Mittelalter. Das Neueste in der polnischen Kultur ist nun die Gründung eines Komitees zur Entjudung Polens. Die historische Einladung eines Polenkönigs an die Juden, die in seinem Lande die Gewerbe einführten, den Handel und Wohlstand zum Aufblühen brachten, soll also rückgängig gemacht werden. Es ist wahrhaftig nicht nötig, ein solches Komitee zu gründen. Denn der Antisemitismus in Polen ist schon brennend genug, daß sich die Juden wie im Feindesland fühlen. Aber wie soll sich ihre Masse helfen, die im Ghetto kümmerlich vor ihrer Hände Arbeit und winzigen Geschäften lebt, da die Auswanderung schon im Frieden nur verhältnismäßig wohlhabenden Leuten möglich war und ihr Gesetz in den überseeischen Staaten gegenüberstanden? Das Komitee wird also nur ihre unsäglichen Leiden vermehren und die Entente wird die Schuld daran haben, daß mehrere Millionen Menschen durch die Wiederaufrichtung der polnischen Herrschaft trotz allen demokratischen Schlagworten in Verzweiflung geraten.

Natürlich versezt die Idee des Komitees die jüdenfeindliche Presse Wiens in Entzücken. Sie findet den Gedanken großartig, und möchte ihn auch für Wien in die Tat umgesetzt haben. Wir sollen also weichen; um

den Funder, Kunthals, Spalakowshys, Getzabels und ähnlichen Geisteshelden besser Platz zu machen. Wenn man aber die Sache näher untersuchen wird, kann vielleicht herauskommen, daß die Stammväter dieser edlen Herren später nach Wien gekommen sind, als unsere. Ein so starkes Recht wie sie haben wir also auch und das Recht der Freizügigkeit ist für jeden das gleiche. Vielleicht können sie uns sagen, durch welche Verdienste sie sich eigentlich als Herren von Wien und über uns fühlen? Diese Ritter vom großen Mund könnten sich wirklich mehr zurückhalten. Wir werden gehn oder wir werden bleiben, keinesfalls aber werden wir sie fragen.

* * *

Wer ist daran schuld? Die Juden. Dieser abgestandene Rest der albernen antisemitischen Partei lebt es wirkt oft humoristisch, wie aus folgendem Fall hervorgeht: In der alten bayrischen Bischofsstadt Bamberg soll es stürmische Austritte vor den Kirchen gegeben haben und der Erzbischof wurde angeblich von den Sozialisten gefährlich bedroht. Der Grund dafür war, daß die Kirchenväter sich geweigert hatten, am Begräbnistag des ermordeten Ministerpräsidenten Kurt Eisner die Glocken läuten zu lassen, wie es seine Parteigenossen verlangt hatten. Es ist nun gewiß, daß die wenigen Juden Bamberg nicht den Mut gefunden hätten, das Läuten zu verlangen oder vor den Kirchen Skandal zu schlagen. Sonst wären sie ganz gewiß massakriert worden. Es war also die sozialistische Partei Bamberg's, welche das Läuten für ihren ermordeten Parteichef verlangte und das Judentum hatte mit der Sache nicht mehr zu tun, wie der Vater des Funder mit dem christlichsozialen Parteiprogramm. Wie aber dreht die „Reichspost“ die Sachen damit die Juden doch hereinkommen? Sie fragt empört, was die Juden dazu sagen würden, wenn man sie zwingen würde, in den Synagogen Trauergottesdienste für einen erklärten Antisemiten zu veranstalten? Das herrschende jüdische Freimaurertum solle sich doch mehr zurückhalten.

Das ist doch wirklich eine alberne Hege, von der wir glauben, daß sie sogar den Vätern der „Reichspost“ zu dummen ist. Dieses Blatt soll doch gefälligst zuerst beweisen, daß das deutsche Freimaurertum jüdisch ist. Dann, daß es den Befehl gegeben hat, daß in Bamberg die Gläden beim Kirchenbegängnisse des ermordeten Ministerpräsidenten geläutet werden müssen. Dann, daß in seinem Auftrag das Läuten erzwungen und der Erzbischof bedroht wurde. Und wenn das alles bewiesen wäre, hätte es mit der Masse der Juden noch immer nichts zu tun, weil diese keine Freimaurer sind. Wer die ganze Beziehung auf die Juden ist von A bis Z Lüge und Verleumdung. Aber woher soll man auch täglich das Hepphepp beziehen? Da bleibt nichts anderes übrig, als etwas zu erfunden.

Man kann sich belustigen, wenn man das neueste Parteiprogramm der Christlichsozialen aufmerksam durchliest. Diese Partei, deren größte Stärke darin besteht, jedermann nach dem Munde zu reden und die Vertrauensseligkeit auf diese Weise auszunützen, ist über Nacht sozialistisch geworden, spricht von einer teilweisen Neuordnung im Bodenbesitz. Ob ihre feudalen Abonnenten und die Klosterverwaltungen damit einverstanden sind? Aber diese wissen ja, wie weit es bei ihren treuen Christlichsozialen vom Versprechen bis zum Halten ist. Noch amüsanter freilich ist die Forderung des Programms nach freier und ungestörter Ausübung der gesetzlich anerkannten religiösen Bekennnis. Der Unterton in diesem Verlangen ist, daß sich die Christlichsozialen als die Verfolgten ausspielen, weil in einigen Kirchen Lärmzonen entstanden sind. Wir sind ganz gewiß sehr streng gegen solche Störungen und Überfälle. Aber bei dieser

Gelegenheit müssen wir hinzufügen, daß es auch gar nicht angeht, daß die Kirchen zu wüsten Hehen gegen die Juden benutzt werden, wie es früher und auch in letzter Zeit geschehen ist. Die Christlichsozialen sollen gefälscht nach ihrem eigenen Programm leben und auch die gesetzlich anerkannten Juden nicht behelligen. Sie werden natürlich sagen, daß sie nicht gegen unsere Gottesdienste auftreten, sondern gegen unsere Massse. Aber wir wissen nicht, wie sich unsere Besonderheit in der jetzigen sozialen Gesellschaft stärker und anders ausdrückt als im Bekennnis zum jüdischen Glauben. Wer uns also angreift, greift in erster Linie unser religiöses Bekennnis an, und das Programm der Hepphepp-Partei will das verbieten. Hoffentlich wird man ihm folgen.

* * *

Ein antisemitisches Abendblatt brachte kürzlich ein sogenanntes satyrisches Bild mit einer sogenannten wizigen Unterschrift. Eine Proletariersfamilie sitzt nach dem Wahltag bei Tisch und der Vater sagt: „Sozialdemokratisch gewählt haben wir jetzt. Da müssen die Hendlu und die Kohlen bald kommen.“ Ohne ein Anwalt der Sozialdemokraten zu sein, muß man diese freche Verbreitung wohl bewundern. Denn bis jetzt haben die Christlichsozialen in allen parlamentarischen Vertretungskörpern die Mehrheit und in der Regierung die unbeschränkte Macht gehabt. Es wäre ihre Pflicht und Schuldigkeit gewesen, für die Versorgung der Bevölkerung zu sorgen. Obwohl sie jedoch die engsten Bundesgenossen der Agrarier sind, merkt ein jeder ihre gewissenhafte Sorgfalt in Fürsorge schmerhaft am eigenen Leibe. Es liegt also für die politischen und wirtschaftlichen Bankerotteure kein Anlaß vor, mit dem Vorwurf ihrer eigenen Fehler gegen andere zu heben.

Die Rumänen und die Siebenbürger Juden.

Das jüdische politische Wochenblatt „Eghenlöseg“ erhält aus Koloszvar von verlässlicher Seite einen Bericht über die Atrozitäten der Rumänen gegen die dortigen Juden. Der kommandierende General von Koloszvar Neculcea hatte aus einem kleinlichen Grunde der rein ungarischen Bewohnerung dieser Stadt eine Kontribution von neunmalhunderttausend Kronen auferlegt und er forderte, daß diese Kontribution ausschließlich von jenen bezahlt werden müsse, „die in Koloszvar eine politische Rolle gespielt und sich für ihr Ungartum exponiert“ hatten. Der Kommandant übermittelte dem Bürgermeister der Stadt eine Namensliste von 47 Bürgern der Stadt, die allein diese Kontribution aufzubringen hätten. Unter diesen 47 Bürgern befanden sich nicht weniger als zehn Juden, auf die der rumänische General die Summe von 300.000 R. entworen hat. Zehn Koloszvarer Juden mußten mithin ein ganzes Drittel der auf die Stadt entworfenen Kontribution entrichten. Und sie taten es ohne Murren, ohne Erwiderung, förmlich freudig. Der rumänische General Neculcea hat mit dieser Bestrafung der Jüdenchaft Koloszvars das glänzendste Zeugnis ihres ungarischen Patriotismus, ihrer unerschütterlichen Unabhängigkeit an das Ungartum ausgestellt. Das bloße Wort, daß sie keine Ungarn wären, daß sie sich als zur jüdischen Nation gehörig betrachten, hätte diesen zehn Koloszvarer Juden die Bezahlung der enormen Kontribution erspart — sie sprachen dieses Wörtchen nicht aus, es fand sich kein einziger unter ihnen, der sein Ungartum verleugnet hätte.

Für die volle Gleichberechtigung der Juden.

Sindhorn. Aus Paris wird gemeldet: Am 26. Februar überreichte eine Delegation des „Vereinig-

ten jüdischen Ausschusses“ in London, dem unter anderen Lord Rothschild und der ehemalige Minister Sir Herbert Samuel angehörten, der Friedenskonferenz ein Memorandum, welches die Sicherung der Gleichberechtigung der jüdischen Bürger in allen Staaten fordert. Das Memorandum verlangt volle Freiheit der Religionsübung, freien Zutritt zu den Staatsämtern und zu allen Berufen für alle Einwohner ohne Unterschied der Nation und des Glaubens. Personen oder Gemeinden, die unter der Nichtbeachtung dieser Grundsätze leiden, sollen ein Beschwerderecht bei der Executive des Völkerbundes eingeräumt erhalten.

Kurt Eisner.

Kurt Eisner ist der Mörderhand zum Opfer gefallen. Sein zeitliches Sein und Werk gehörte, wie es im „Jüd. Echo“ richtig heißt, nicht seinem Volke, und doch war er Fleisch vom Fleische und Geist vom Geiste seines Volkes. Die Sache des jüdischen Volkes war ihm gleichgültig; seine Sache war vielen von uns gleichgültig. Jetzt, da die Hölle des Zeitlichen gesunken ist, ist nur noch das Ewigmenschliche zu würdigen. Sein Ewigmenschliches war das Ewigjüdische. Des höchsten Gebotes jüdischer Sittlichkeit Erfüllung war sein Leben, das ein Leben für andere war. In ihm lebte die sittliche Forderung eines Amos und der Erlösungswille des Galiläers. Die, für die er kämpfte, schalteten ihn volks- und landfremd. In seinem Tode mag er zu seinem Volke, dem er entfremdet war, eingetan werden. „Lieb sei jeder Mensch, der im Ebenbilde geschaffen“, ist des Judentums erstes Gebot. Er hat es erfüllt. „Heilig sollt ihr sein, denn heilig bin ich“, ist des Judentums letztes Gebot. Er lebte das Leben eines Heiligen und starb den Tod eines Heiligen. Er sei stolz darauf, Jude zu sein, sagte er den Lästerern des jüdischen Namens. Auch das jüdische Volk ist stolz auf diesen seinen verlorenen Sohn. Ründet den Ruhm dieses Volkes, dessen verlorene Söhne gut genug sind, die Welt zu erlösen.

Der „Vorwärts“ schreibt:

„Wann Eisner trotz seiner hohen Begabung und trotz seiner völligen Hingabe an die sozialdemokratische Politik nicht das zu leisten vermochte, was er erreichen wollte, so lag das daran, daß er, obwohl ihm ein starkes politisches Gefühl eigen war, nur zu leicht der vollen Phantasie auf und er war in eine einmal gesetzte Idee so stark verstrickt, daß er, auch wenn alle Welt um ihn sie ablehnte, lieber mit ihr zugrunde ging, als sie aufzugeben. Er konnte sich wie selten ein anderer Mensch in eine Idee verrennen und er konnte dabei zu einer völligen Mischnachtung der realen Faktoren der Politik gelangen. Bei aller Wertschätzung und Ergebenheit seiner Kollegen für ihn war das Urteil allgemein geworden: ein prächtiger Mensch, ein glänzender Schriftsteller, aber ein wenig fruchtbare Politiker.“

Kurt Eisner war nie ein wohlhabender Mann. Er hat nie Sina für materielle Güter gehabt. Und er war schnell entschlossen, alles, was seine materielle Existenz ausmachte, über Bord zu werfen, wenn er damit frei seinen Ideen nachleben konnte. Es gibt in Deutschland wenige Menschen, die dem Gelde eine gleich starke Verachtung bezeugten wie er. Er, der viel umworbbene, glänzende Schriftsteller, hat in Nürnberg als Chefredakteur monatelang in der Redaktion sich von ärmlichen Magisuppen ernährt, nur um sich nicht von seinen Büchern, die ihn bergehoch in vollster Unordnung umgaben und die ihm auf seinem Tisch kaum Platz für den Suppenteller ließen, nicht trennen zu müssen.“

In einer Anfang 1917 zur Zeit der deutschen Siege an das deutsche Generalkommando des 1. Armeekorps gerichteten Enttage sagte er: „Ein Staat, ein Volk, ein System, in dem die Wahrheit unterdrückt wird oder sich nicht hervorwagt, ist wert, so rasch und so endgültig wie möglich zugrunde zu gehen ... Wo ein solches Ver tuschen, Verhehlen und Verdunkeln um sich greift, ist — das habe ich als Historiker immer wieder bestätigt gefunden — die nationale Katastrophe nahe.“

Eine Ahnung seines Geschicks offenbarte das Schreiben, das er Januar 1918 aus Berlin an seine Frau schrieb, wohin ihn die Partei gerufen hat. In dem Briefe heißt es:

„Als ich gestern nachts einsam durch die Stadt zum Hotel wanderte — am Landwehrkanal entlang — überfielen mich schwerwürtige Gedanken. Da beschloß ich, mich von Ihnen zu trennen, indem ich Sie Dir anvertraute. Es bedrängte mich eine trübe Ahnung, als ob sich mein Schicksal bald vollenden könnte. Ich weiß, daß ich durch Gefahren wandere, die ich deutlich sehe, und gegen die ich doch blind sein will. Aber ich kann nicht anders. Ich könnte niemals mehr frei leben, wenn ich nicht jetzt das tätte, was ich für meine Pflicht halte. Dieser persönlichen Verantwortung und Verpflichtung kann ich nicht mehr ausweichen — um meiner Seele willen. Aber ich gehe: ich sehe klar das Licht in der Finsternis, zu dem ich wandern muß. Ich kann nicht los davon. Aber dieser Weg wird mir nicht leicht, gerade jetzt nicht, wo ich mich in der Blüte der Kraft unvollendet fühle . . .“

In der Leichenrede, die Gustav Landauer bei Eisners Bestattung hielt, sagte er:

Kurt Eisner, der Jude, war ein Prophet, der gegen den Kleinmut der Menschheit rang, weil er an sie glaubte. Er war ein Prophet, weil er ein Freund der Armen und Gescheiteten, weil er ein Dichter und ein unerschrockener Verkünder der Wahrheit war. Er war ein Prophet, weil er ein Erkennender war, dieser Dichter, der zugleich von der Schönheit, die kommen sollte, träumte und den harten, bösen Tatsachen unerschrocken ins Gesicht sah . . . Er war ein Schwärmer und zugleich ein unermüdlicher, trockener Erforscher der Wirklichkeit . . . Auch ein Prophet in dem Sinne, daß er die Zukunft voraussah.“

Hilfsaktion für die Opfer der Pogrome in Galizien.

Bei der Istr. Allianz zu Wien sind folgende Spenden eingegangen:

XII. Liste (bis 3. März 1919).

Schweizer Istr. Gemeindebund Basel	50.000.—
Durch Herrn B. Hößbauer (Sammlung Kindler und Rechter), Weinhandlung August Schneider	
300.—	
je 100.— : Emma Kindler, Speditionsbüro Adolf Stern, Lemberg, für Lemberg,	
je 50.— : Berta Fischer, Alwine, Heinrich und Bertold Kindler, Cilia Rechter, Eva und Giza Rechter, Natan Büschel, Dr. Thaler, Gabriel Kron, S. Tillinger, Bacharias Arat, Suhmann & Appel 40.—;	
je 30.— : Elvira Margulies, Leon Diet, Genia Krebs;	
je 20.— : „Verlorene Wette“, Leo Werber, Jonas Rubin, Leon Reich, Josef Krebs; zusammen	1.280.—
Sammlung des Bethausvorstandes der Talmud Thora	27.—
Sammlung des „Neuen Wiener Tagblattes“	25.—
Irat Palchik, Hohenau	25.—
Sammlung „Der Abend“	15.—
Zusammen	51.367.—
Bereits ausgewiesen	1.005.016.06
Summe	1.056.383.06

Weitere Beiträge werden vom Bureau der Istr. Allianz, II., Untere Donaustraße 33, Postsparkassenkonto Nr. 8152, sowie durch Einzahlung auf Konto der Istr. Allianz bei der Credit-Anstalt, Wiener Bankverein, Anglo-Österreichische Bank, Zivnostenska banka in Prag dankend in Empfang genommen.

Korrespondenzen.

Der Wahlrechtsstreit in der israelitischen Kultusgemeinde.

Donnerstag den 27. Februar fand im Sitzungsraale der istr. Kultusgemeinde eine öffentliche Plenar-

sitzung des Kultusvorstandes zur Beratung eines Wahlreformentwurfes, den das Vertreterkollegium zur Beratung vorgelegt hat.

Als Auftakt zu dieser Verhandlung hat am Abend vorher eine von Jüdischen Nationalen einberufene Massenversammlung unter Leitung des Herrn Bruno v. Pollak-Parnau im Circus Busch stattgefunden, bei der Nationalrat Robert Stricker, Dr. Karl Pollak, Dr. Blaschkes heftige Anklagen gegen die Leitung der Kultusgemeinde erhoben und die Parole: „Eroberung der Kultusgemeinde!“ ausgegeben haben. Frau Erna Patatz appelliert an die Versammlung für das Frauenwahlrecht in der Leitung der Kultusgemeinde. Eine von Herrn Dr. Auerbach beantragte Resolution um sofortige Ausschreibung von Neuwahlen zur Kultusgemeinde, und zwar auf Grund allgemeinen und gleichen Wahlrechtes, fand einstimmig Annahme.

Zur öffentlichen Plenarsitzung der Kultusgemeinde hatte sich ein starker Zuhörerkreis eingefunden; der beschränkte Raum des Saales konnte natürlich nicht alle, die Einlaß begehrten, aufnehmen. Vor dem Eingang hatte sich eine große Menschenmenge angehäuft, leider auch ein wütster Janhagel, unreife Burschen, welche während der ganzen Beratung, trotz des Regens, auf der Straße lärmten und selbst unbeteiligte Personen haranguierten. Es ist großer Weltfassching und wie „es sich christelt, so jüdelt er sich“.

Von den Streitpunkten der Parteien erwähnen wir zunächst die Frage einer Kurie der Höchstbesteuerten, und es darf konstatiert werden, daß sie des Streites kaum wert ist. Das alte Statut der Kultusgemeinde Wien kannte eine solche Kurie nicht, die erst über Initiative des verewigten Präsidenten Heinrich Klinger geschaffen wurde, um die Vertreter der Hochfinanz, Mitglieder alter jüdischer Patrizierfamilien zum Eintritt in die Verwaltung der Kultusgemeinde zu veranlassen. Gegenwärtig weigern sich jedoch die Angehörigen jener Kreise, ein Mandat überhaupt anzunehmen, und es lohnt sich kaum, diese Kurie, die den Zweck verfehlt und nun einmal den Geist der Zeit arg verlebt, im Wege des Kampfes aufrechtzuerhalten.

Einen weiteren Streitpunkt bildet das Wahlrecht der Frauen, worüber auch Herr Rabbiner Doktor Rosenmann in der letzten Nummer dieses Blattes an dieser Stelle eingehend sich geäußert hat. Die Ausführungen des Herrn Dr. Rosenmann zugunsten des Frauenwahlrechtes fanden berechtigte Aufmerksamkeit.

Der „Wochenschrift“ sind einige Erwiderungen zugekommen, deren eine, von einem Herrn Arnold Rosenbaum, wir hier folgen lassen:

„Seit zwei Jahrtausenden wandert das jüdische Volk durch die Länder und hat überall Gemeinschaften zur Verwaltung ihrer Kultusangelegenheiten und zur Versorgung der religiösen Bedürfnisse gebildet. Nie und nirgends hat man die Frauen zur Leitung der Kultusangelegenheiten berufen. Eine zweitausendjährige Geschichte soll wenigstens das Gewicht einer Tradition haben. Selbst beim Gottesdienst erscheinen Männer und Frauen in gesonderten Räumen.“

Nun hat Herr Rabbiner Dr. Rosenmann aus der alten Geschichte des Judenthums bekannte Beispiele angeführt, daß hervortretenden Frauen an der politischen Leitung des Volkes segensreichen Anteil hatten. An der politischen Leitung, aber nicht an der religiösen und kirchlichen, d. h. Synagogalen Leitung. Entsprechend der altjüdischen Traditionen erhalten heute auch mit Recht die Frauen das politische Wahlrecht, nicht bloß in Deutsch-Österreich, sondern auch in Deutschland und England und anderen Staaten. Allein bei den Kirchengemeinden, in den religiösen Institutionen dieser Staaten — sei es der Katholiken oder Protestanten oder anderer Religionsbekennnisse — wurde noch nie versucht, Frauen in die Leitung zu wählen. Daraus ändert auch die Tatfrage nichts, daß, wie ich in einem gelehrten Artikel der „Wochenschrift“ einmal gelesen habe, die Benediktion „dass du mich nicht als Weib geschaffen“, aus der griechischen Gnosis in das Judentum eingedrungen sei.

Das Schlagwort „Reaktion“ ist hier deplaciert. Im politischen Leben lasse man sich von Grundsätzen der Demokratie

leiten. Kultus und Religion dagegen sind ihrer ganzen Natur nach Tradition, Ueberlieferung, „Brauch der Väter“. Gedankenlosigkeit nur kann es als „Reaktion“ dismieren. Radikalismus auf dem Gebiete des Kultus heißt Absall vom „Brauch der Väter“. Repetiert man nicht den Brauch der Väter, dann soll man wenigstens consequent hin und man gebe den Frauen auch den Beruf des Rabbiners und Predigers, den Beruf des Posaängers, Oberkantors und Schächters frei. Das wird wenigstens manch begabter Dame eine Lebensstellung sichern. Sie wird es nicht schlechter versorgen als irgendeiner unserer Theologen, und auf der Kanzel — „öffnen ihren Mund in Weisheit und die Lehre der Milde wird ihrer Jungfräulein entströmen“ wie Herr Dr. R. so schön gesagt. Solchen Vorschlägen gegenüber wird vermutlich aber Herr Dr. Rosenmann allerlei Einwände bei der Hand haben und energisch Einspruch erheben. Wenn Frauen aber den Kultus nicht leiten dürfen, dann können sie auch den Kultus nicht verwalteten. Über das Statut wird dahin abgeändert, daß Frauen auch als Rabbiner und Kantoren usw. bestellt werden. Wenn schon — dann schon. Nur keine Halsheit im Zeitalter radikaler Reformen.“

Einen sehr wichtigen Streitpunkt bildet das Wahlrecht der Ausländer, und hier sind merkwürdigerweise die Rollen vertauscht.

Es ist selbstverständlich, daß, wenn die Kultusgemeinde ihre Agenden lediglich und ausschließlich in Verwaltung des Kultus sieht und eine politische Vertretung der Wiener jüdischen Gemeinschaft nicht als ihre Befugnis ansieht, dann auch keinerlei Gründe und Ursachen vorliegen, dem ausländischen Juden, der Kultusvertreter leistet, vom Stimmrecht auszuschließen. Wenn aber eine Erweiterung der Kompetenzen des Kultusvorstandes angestrebt wird, eine Ausgestaltung der Kultusgemeinde zu einer politischen Volksgemeinde geplant ist, wenn die Kultusgemeinderepräsentanz auch die Wahrnehmung der wirtschaftlichen und politischen Interessen der Gemeindegliedern in das Bereich ihrer Tätigkeit einbeziehen soll, dann ist ein Stimmrecht der Ausländer bei den Wahlen in den Kultusvorstand ausgeschlossen. Denn dann ist das Stimmrecht seiner ganzen Natur nach eine politische Betätigung, die nirgends einem Ausländer eingeräumt ist. Die nationaljüdische Partei, welche die Umgestaltung der Kultusgemeinde in eine Volksgemeinde anstrebt, hätte somit das Stimmrecht der Ausländer abzulehnen, während die Konservativen und sogenannten „Assimilanten“, welche der Kultusgemeinde bloß die Aufgabe zuerlaufen, die religiösen Bedürfnisse zu befriedigen, keinen Grund haben, dem ausländischen Juden, der doch auch zur religiösen Gemeinschaft gehört, das Stimmrecht zu verweigern. Dessen ungeachtet sehen wir, daß die Assimilanten und Konservativen das Stimmrecht der Ausländer ablehnen, und die Nationaljuden, welche eine Erweiterung der Kompetenzen des Kultusvorstandes auf das wirtschaftliche und politische Gebiet erstreben, mit aller Energie für das Wahlrecht der Ausländer kämpfen.

Was endlich das Wahlrecht der Angestellten der Kultusgemeinde anlangt, so befinden sich in den leitenden Beamtenstellen zweifellos tüchtige Männer, die für ein Mandat in den Vorstand in Betracht gezogen werden könnten. Allein die notwendig werdende Beurlaubung nach einer solchen Wahl und Bestellung eines Stellvertreters zur Besorgung der Geschäfte wäre weder ein Vorteil für die Gemeindeverwaltung, noch ein solcher für die betreffenden Beamten.

Nachstehend der Sitzungsbericht:

Vizepräsident Hofrat Nappaport eröffnet die Sitzung um 9/45 Uhr mit einem Nachruf für die verstorbenen Vorstandsmitglieder Dr. Leopold Rohn und S. Brod. Sodann erteilt er zum Referat über die Wahlreform Herrn Sekretär Engel das Wort.

Sekretär Engel gibt eine altenmäßige Darstellung der Vorgeschichte des heutigen Entwurfes. In der Sitzung vom 5. November wurde eine Vereinbarung mit dem Jüdischen Nationalrat getroffen, wonach eine Permanentkommission, von beiden Teilen gleich besetzt, eingefehlt wurde, mit der Aufgabe, einen Präsidenten zu wählen und einen Entwurf für eine demokratische Wahlordnung binnen vier Wochen vorzulegen. Die Herren vom Nationalrat legten auch einen Entwurf vor, doch in der Sitzung vom 28. Dezember gab der Vorsitzende bekannt, daß die Herren Dr. Engel, Dr. Pappenheim und Dr. Schreiber es für nötig halten, einen Gegenentwurf einzubringen und mit dessen Verfassung Dr. Pappenheim zu betrauen, und es wurde schließlich eine Frist bis zum 15. Januar zur Vorlage des Gegenentwurfs festgesetzt. Am 14. Januar wurde der Entwurf zugestellt, am 16. Januar erklärten die Herren vom Nationalrat, daß sie die Diskussion dieses Elaborates ablehnen, weil es in seinem Geist und in seinen Grundsätzen den Vereinbarungen diametral widerspricht, und daß sie die Verweisung an den Kultusvorstand beantragen. Das Vertreterkollegium hat also einen Entwurf ausgearbeitet, der den Herren zugestellt wurde, der aufgebaut ist auf folgenden Grundsätzen: Erhöhung der Mandate auf 40, wovon 30 von der Allgemeinität und 10 von der Kurie der Höchstbesteuerten, die eine Kultussteuer von mindestens 200 R. zahlen, gewählt werden. Für die allgemeine Wählerklasse wird der Proportz eingeführt, für die Höchstbesteuerten das Majoritätsprinzip. Das Wahlrecht ist an die deutsch-österreichische Staatsbürgerschaft gebunden, nur diejenigen „Ausländer“, die bereits im Jahre 1912 wahlberechtigt waren, bleiben es weiter. Die Frauen sind wahlberechtigt unter den gleichen Voraussetzungen wie die Männer, wenn sie in den beiden vorangegangenen Kalenderjahren die Kultussteuer entrichtet haben und obendrein zu einer selbständigen Einkommen- oder Erbsteuer veranlagt wurden. Das passive Wahlrecht ist gebunden an das 30. Lebensjahr; vom passiven Wahlrecht sind, wie bisher, die Frauen sowie die Beamten und Lehrer der Gemeinde und Bethausvereine ausgeschlossen.

Der Vorsitzende eröffnet die Generaldebatte.

Dr. Jak. Ehrlich verweist darauf, daß der Kultusvorstand in seiner heutigen Zusammensetzung sich zur Führung der Judenheit ungeeignet erwiesen: das zeigte sich in den Tagen des Umsturzes und in der Unfähigkeit, die Forderungen des Volkes vor der Friedenskonferenz zu vertreten. Der Grund dafür ist, daß der Vorstand mit dem Volke gar keine Verbindung hat und die Vertretung einer privilegierten Schicht ist. Redner schildert demgegenüber die Haltung der Gemeinden im Osten, die er aus eigener Anschauung der Kriegsjahre kennt. Nach der Revolution hat sich das gesamte ukrainische Judentum in Kiew versammelt, die Gemeinden haben das Geschick des Volkes in die Hand genommen. Im Gegensatz dazu vegetiert unsere größte Kultusgemeinde, bleibt unbeachtet, muß sich damit begnügen, Anenden zu verwälten wie jeder Bethausverein. Es fehlt die Kraft und der moralische Anspruch, als Führer der Judenheit aufzutreten, weil das Volk nicht hinter ihr steht. Deshalb haben wir seit Jahrzehnten eine radikale Reform der Wahlordnung verlangt, um die weitesten Schichten der Bevölkerung zur Verwaltung heranzuziehen. Dieser Entwurf aber ist ein Faustschlag gegen die Demokratie. Nach dem alten Statut hatte jeder Steuerträger das Wahlrecht, ganz gleich, ob er Staatsbürger war oder nicht. Diese alljüdische Bestimmung, aus welcher das Gefühl der Zusammengehörigkeit aller Juden gesprochen hat, haben

Sie ausgemerzt in dem vorgelegten Entwurf; aus ihm spricht nichts anderes als der Hass gegen die Judenschaft des Ostens. Demgegenüber verlangen wir, daß allen Juden das Wahlrecht gegeben wird. Redner kritisiert hierauf die übrigen Bestimmungen des Entwurfes. Die Kurie der Höchstbesteuerten ist ein völlig unzulässiger, die jüdische Gemeinschaft kompromittierender Respekt vor dem Geldsack. Schließlich fordert er das uneingeschränkte Frauenwahlrecht, da ja in Wien während des Krieges Frauen auf manchen Gebieten, z. B. in der sozialen Fürsorge, Bedeutendes geleistet haben. Schließlich stellt er den Antrag, über den vorliegenden Entwurf zur Tagesordnung überzugehen.

Dr. v. Schwarz-Hiller begründet den Antrag, den Entwurf abzulehnen und in die Spezialdebatte nicht einzugehen, weil er den Anforderungen nicht entspricht. In den letzten vier Monaten sind die Wahlrechte der ganzen Welt demokratisiert worden. Gerade mit Rücksicht auf die Verhältnisse ist die Demokratisierung des Wahlrechtes mit all seinen Konsequenzen das einzige Mittel zur Aufrechterhaltung der Ruhe. Redner verweist auf den seinerzeit von ihm publizierten Entwurf, der allerdings auch schon die Umwandlung der Kultusgemeinde in eine Volksgemeinde mit gewissen politischen Rechten ins Auge gefaßt hatte. Er bezeichnet es als geradezu fränkend und im höchsten Grade blamabel, wenn gerade die Wiener Kultusgemeinde Unterschiede macht, die nur auf dem Besitz beruhen. Dies würde uns in der ganzen Öffentlichkeit furchtbar schaden. Redner tritt energisch für den Proporz und das uneingeschränkte Frauenwahlrecht ein. Bezuglich der Staatsbürgerschaft habe er in seinem ursprünglichen Entwurf, der für eine politische Volksgemeinde gedacht war, das Prinzip der deutsch-österreichischen Staatsbürgerschaft festgehalten, für die rein religiöse Volksgemeinde dürfe es aber nicht in Betracht kommen. Dagegen spricht sich Redner für einen geringen Zensus aus, vor allem wegen der erziehlichen Wirkung der Beitragsleistung.

Dr. Heinrich Schreiber möchte zunächst formell aussöhnen und betonen, daß der heute vorliegende Entwurf einer neuen Wahlordnung nicht als Operat der Permanenzkommission aufzufassen ist, denn die Permanenzkommission wurde von den nationaljüdischen Mitgliedern gesprengt, weil die anderen, von dem Kultusvorstand entsendeten Vertreter ihrem Diktat sich nicht beugen wollten. Damit war der Aufgabe der Permanenzkommission der Boden abgegraben und die Wahlordnung, über welche jetzt berichtet wird, ist daher in Wirklichkeit eine Arbeit des Vertreterkollegiums, das für sie einzustehen hat. Das will aber keineswegs besagen, daß ich diesen Entwurf negiere; im Gegenteil, ich bekannte mich zu ihm, wenn ich auch zugeben muß, daß ich speziell in der Frage des Proportionalwahlsystems meinen eigenen Standpunkt wahre und dieser Neuerung opponiere. In der Sache selbst muß man zunächst dem Vorwurfe der Gegenseite entgegentreten, welche den Entwurf als reaktionäres Gebilde verscheit. Politisch bin ich nichts weniger als reaktionär. Ich fühle mich von freiheitlichem Geiste erfüllt und von freiheitlichen Bestrebungen durchdrungen, wie ich dies immerdar bewiesen habe; allein — das sage ich —, wenn irgendwo in der Welt, ist es wohl im Schoße eines Kirchenregimentes und einer religiösen Gemeinde berechtigt, auch reaktionär sein zu dürfen. Die Gemeinde hat alte und heilige Traditionen zu behüten und damit rechtfertigt sich eine solche Stellungnahme von selbst. Gegenüber der Forderung nach dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht wurde zunächst das Requisit

der Staatszugehörigkeit aufgestellt und im einzelnen davon abgewichen. Unsere Kultusgemeinde ist nun einmal eine staatliche Einrichtung, die zwar mit einer weitgezogenen Selbstverwaltung ausgestattet ist, aber doch unter staatlicher Patronanz steht. Es ergibt sich daher von selbst, daß die Verwaltung einer solchen Institution nur solchen Faktoren vorbehalten und überlassen werden kann, welche sich zu diesem Staate bekennen und die Staatsbürgerschaft besitzen. Ist, wie es die politischen Umwälzungen mit sich gebracht haben, der Staat in seinen territorialen Grenzen zusammengeknüpft, so ist es unvermeidlich, daß ein Stadtkonvent von Glaubensbrüdern, welche den fremden Nationalstaaten angehören, außerhalb der Wahlberechtigung fallen müssen; darin aber eine spezielle Benachteiligung der Ostjudenschaft zu erblicken, für welche die Nationaljuden angeblich so warm fühlen, ist eine Unaufrichtigkeit, denn davon sind auch die Bürger der anderen fremden Neustaaten betroffen. Das schließt natürlich keineswegs aus und hat es niemals ausgeschlossen, daß auch diese Mitglieder der Gemeinde mit offenen Armen aufgenommen werden, daß uns Israeliten ein Band der Zusammengehörigkeit umschlingt, daß jedermann, ob reich, ob arm, in voller Parität an allen Institutionen des religiösen Lebens, des Unterrichtes und der Wohlfahrtseinrichtungen — ich möchte sagen aller Gnadenmittel unseres Glaubens — in vollem und würdigem Maße Teil hat. Daß dies aber möglich ist, das darf — und auch das habe ich den Mut, frei heraus zu sagen — der heute so geschmähte Geldsack für sich in Anspruch nehmen. Die mit Glücksgütern gesegneten jüdischen Männer und Familien haben in Betätigung ihres jüdischen Herzens und ihres jüdischen Gefühls die Pflichten des Besitzes und ihres Reichtums vor allem für ihre Glaubensgenossen geübt, sie haben opferwillig und hingebungsvoll großzügige Werke der Nächstenliebe geschaffen und haben dazu beigetragen, daß diese Gemeinde zu einer Großgemeinde der edelsten Blüte emporgewachsen ist, die vorbildlich und mustergültig für eine ganze Welt und von einem Glanze und einer Herrlichkeit umstrahlt ist. Diese Schichten haben die Millionen aufgebracht, um die prächtigen Tempel zu bauen, die Krankenanstalten, die Versorgungs- und Siechenheime zu errichten, und sie haben alle anderen, vielfältigen Werke der Fürsorge und der Mildtätigkeit freigebig und mit offenen Händen dotiert. Daß diese Klasse in der Gemeinde unserer Glaubensgemeinschaft ein mitbestimmendes Wort zu reden hat, ist ebenfalls nur eine logische Folge des Triebes, diesen Glanz nicht verdunkeln zu lassen.

Gehen wir auf den Proporz, auf das Schlagwort des Tages über. Sie steifen sich darauf, ich aber diene keinem solchen Gözen. Ich habe schon gesagt, die Kultusgemeinde ist keine politische Körperschaft. Der Proporz mag für die Politik frommen — was übrigens nach den Ergebnissen, welche die politischen Wahlen geliefert haben, auch nicht so ohne weiteres als ausgemacht gelten kann —; mir aber erscheint er als ein Machtgewaltmittel politischen Gezänkes, den wir aus unserer Kultusgemeinde vertreiben wollen. Es erhebt das Parteidiktat zur Herrschaft und untergräßt jede Individualität, auf die es aber gerade in unserem Kreise und für unsere Aufgaben ankommt. Ich lobe mir daher das einfache, praktische und althergebrachte Mehrheitsprinzip, das, wie es bisher geschehen ist, auf alle Schattierungen und Nuancen unserer Glaubensgemeinde, auf alle Schichten der Gemeinschaft gehührende Rücksicht zu nehmen gestattet.

Nicht anders sieht es mit dem Frauenwahlrecht aus. Unsere Religion ist so geartet, daß der Frau bei voller Wahrung ihrer Stellung im Hause

und in der Familie, im Ritus nur wenig Platz gegönnt ist. Daß sich jüdische Frauen in der Fürsorge an sich und in der Kriegsfürsorge im besonderen hervorgetan haben, wer möchte dies leugnen? Allein, wer will und wird es ihnen auch künftig hin verwehren, sich diesen Werken der Liebe und Barmherzigkeit mit der unübertraglichen Hingabe, welche die jüdische Frau vor allem auszeichnet, zu widmen? Die Berechtigung, zu wählen, war kein Ansporn dazu; die Frauen bedürfen seiner auch weiter nicht.

Ueber das passive Wahlrecht der Angestellten kann ich mit einer These hinweggehen, die sich in der Ausschauung verkörpern: der besoldete Clerk, dessen Einfluß in einer ehrenamtlichen Vertretung ohnehin sehr bedeutend ist, hat nicht auch unmittelbar in der Verwaltung der Körperschaft, die ihn hält und nährt, teilzunehmen. Gegen die Ueberhebung, mit der die Herren der Gegenseite ihr Verdienst um das Judentum — sie nennen es das jüdische Volk — herausstreichen, muß endlich auch ein Wort gesagt werden. Was haben sie denn bisher so Hervorragendes geleistet, auf das sie sich so besonderes zugute tun? Es ist wahr, sie haben bei der Wahl in die Nationalversammlung einen Erfolg davongetragen; brauchen sie sich darauf soviel einzubilden? Haben sie etwa den Haman aus der Leopoldstadt, den christlich-sozialen Manager, niedergerungen? Mit nichts. Sie haben sie einen jüdischen Abgeordneten, einen Juden, um dessen Namen als Gesetzgeber aber ein unverwischbarer Glanz weht, zu Falle gebracht und ihr Abgeordneter ist mit seinen Stimmen gewählt worden, also mit den Stimmen jenes Bewerbers, den sie nicht genug angreifen und befehdten konnten. Auch das ist eine wenige anheimelnde Wirkung des gepriesenen Proporzess.

Ich wiederhole es: Reaktionär sein, heißt also, die Heiligkeit der Tradition wahren. Sie wollen eine Volksgemeinde, ich aber sage Ihnen, unsere Glaubensgemeinde ist eine Kultus- und Wohlfahrtsgemeinde im edelsten Sinne dieses Wortes. Wir haben stolze und unübertragliche Institutionen zur Pflege des jüdischen Glaubens, der jüdischen Lehre und jüdischen Sitte in dieser großen Weltstadt zu beschützen und zu bewahren. Es ist ein verantwortliches Amt, das wir innehaben; Kraft dessen aber dürfen und wollen wir nicht zulassen, daß diese Blüte geknickt und mit täppischen Fingern zerdrückt werde. Wir haben aufgebaut und sie wollen zerstören. Wir wollen an diesem kräftigen Stamm nicht rütteln und ihn nicht entwurzelt lassen. Deshalb schämen wir uns um so dichter um ihn, wir halten fest und treu zu ihm und lehnen es ab, daß durch eine Wahlordnung, die einen Sprung ins Dunkle bedeutet, die Gefahr eines Unglücks über diese Gemeinde heraufzieht.

Dr. Plaschkes wendet sich gegen Dr. Schreiber und tritt energisch für die Demokratisierung ein.

Nationalrat Stricker macht die Herren auf die drohende Gefahr der Empörung des Volkes aufmerksam und appelliert im Interesse des Friedens in der Gemeinde an ihre Einsicht.

Hofrat Löwenstein beantragt Eingehen in die Spezialdebatte, um eine Einigung zu ermöglichen.

Professor Chrmann beantragt Rückverweisung an das Vertreterkollegium.

Dr. Monat beantragt Einsetzung eines Komitees aus beiden Parteien.

Nachdem sich noch mehrere Redner geäußert haben, wird beschlossen, die Sache an ein Komitee zu überweisen, welches binnen vierzehn Tagen dem Plenum zu berichten hat. In dieses Komitee werden gewählt die Herren Dr. Auerbach, Dr. Ehrlisch, Rauders, Kempner, Hofrat Löwner, Dr. Monat, Dr. Pappenheim, Doktor Schwarz-Hiller, Simon.

Hierauf wird die Sitzung geschlossen.

Ehrte Redaktion der „Wochenschrift“!

Zum Kapitel der „Wahlreform für die Kultusgemeinde“ hat Herr Rabbiner Dr. M. Rosenmann in Ihrer letzten Ausgabe gewiß einen sehr fesselnden neuen Beitrag geliefert. Allein, ganz unwidersprochen möchte ich seine Darstellung deshalb nicht lassen, weil er mit einem Gleichnis operiert, das leicht bestehen und verführen könnte, in Wirklichkeit jedoch nicht auf sicheren Füßen steht. Es „hinkt“.

Daß ich in der Frage der Wahlreform anderen Ansichten huldige, tut zunächst nichts zur Sache. Der Herr Rabbiner plädiert neben dem Frauenwahlrecht insbesondere auch für das passive Wahlrecht (die Wählbarkeit) der Kultusbeamten, Rabbiner, Religionsehrer u. dgl. Er spricht natürlich pro domo; doch gereicht ihm dies gewiß zur Ehre. Freilich, ich spreche nicht in eigener Sache; ich bin also immerhin etwas unbefangen.

Und das Gleichnis, das er zur Kräftigung seiner Argumente anführt? — Er meint häufig: Die früheren kleineren Verhältnisse der Gemeinde haben den Ausschluß der Fachmänner aus dem Vorstande nicht empfindlicher fühlen lassen; mit ihrem Wachstum und der Größe ihrer Aufgaben tritt dieser Mangel stark hervor. Früher, so meint der Herr Rabbiner, könnte, wenn eine altmodische Moderatorlampe nicht gehörig brennen wollte, sich die Hausfrau leicht selbst mit der Lichtputzscherre helfen; jetzt, wenn die moderne elektrische Flamme versagt, müsse der Fachmann, der Elektriker, her. Weit gefehlt, Herr Rabbiner! Jetzt geht es noch leichter und einfacher. Man braucht nicht einmal die Schere, geschweige den Fachmann. Wenn jetzt die Flamme nicht leuchtet, genügt eine kleine Drehung; die schlechte Glasbirne wird ausgeschaltet und eine frische eingesetzt. Und sie strahlt wieder in blendender Helle!

Ich will also sagen: Der Fachmann hat früher notgetan und er wird immer und unter allen Verhältnissen nötig sein. Nur kommt es auf den Defekt und die Tiefe des Eingriffes an. Ich allerdings sehe vorerst keine solchen Defekte, die es erheischen möchten, daß das Postulat des Herrn Rabbiners über andere, mir gewichtiger erscheinende Gegenstände obsiegen sollte. Der Herr Rabbiner selbst ist das wirksamste Beispiel hierfür: Er zählt selbst zu jenen hochgeschätzten Männern, die ohne Vorstand zu sein, berufen sind und erst neulich auserwählt wurden, die Gemeinde in fachlichen Dingen zu beraten. Kann es da fehlen?

Ihr ganz ergebener

Dr. Heinrich Schreiber.

Wien, am 28. Februar 1919.

Berichtigungen zum Artikel „Die jüdische Frau in der Kultusgemeinde“: Die Unterlassung des rechtzeitigen Erfassens der Steuerstrafe der „neuen Reichen“; drei gute Parassim; „Gelobt seist du, Ewiger, unser Gott, König der Welt, daß du mich nicht zur Frau gemacht hast“.

hochachtungsvoll

Dr. M. Rosenmann.

Jüdisches Kriegswaisenheim in Erez Israel.

Hunderte hilfloser Waisen im Lande der Väter waren während des Krieges Gegenstand unserer Fürsorge. Von fortlaufenden Spenden zur Stillung augenblicklicher Not abgesehen, haben wir Jahr für Jahr ein bescheidenes Kapital zur Gründung von Waisenheimen nach dem Kriege beim Bankhause S. M. von Rothschild hinterlegt. Nun gilt es, mit gesamtmöglichem Kraft diesen Plan auszuführen und zunächst die jüdischen Waisen, die im heiligen Lande geboren und assimiliert sind, zu brauchbaren Menschen

und jüdischen Kulturrepräsenten zu erziehen, die für den Wiederaufbau des Landes einen wertvollen Grundstock bieten können.

In Landwirtschaft und Handwerk sollen unsere Böblinge ausgebildet und auf der Grundlage des überlieferten Judentums erzogen werden. Unsere Wünsche denken wir uns in einer landwirtschaftlichen Ansiedelung. Nach dem bewährten Vorgange etwa des syrischen Waisenhauses in Jerusalem hoffen wir, schon nach einigen Jahren die Erhaltungskosten aus dem Ertrag der Arbeit unserer Böblinge decken zu können. Die bei uns ausgebildeten Meister werden die Lehrer der nachfolgenden Jugend sein.

Wie alle unseren Unternehmungen, soll sich auch diese jedem Partei getreue fernhalten. Sie darf daher die Unterstützung aller Juden ohne Unterschied in Anspruch nehmen.

Der Hinweis auf das tatkräftige Eingreifen in die Palästinaarbeit, das von Amerika und England zu erwarten ist, muss für uns nur ein Ansporn zu hingebungsvoiler Mitarbeit sein an dem Riesenwerk der Heilung aller der Wunden, die dem armen Lande durch Kriegsunheil und Jahrhundertelange Vernachlässigung aller zukünftigen Forderungen geschlagen worden sind.

Unsere Aufgabe, armen, verlassenen Kindern, die in den letzten Jahren das Furchtbare erleitten haben, das Elternhaus zu ersuchen, in ihnen dem Judentum und der menschlichen Gesellschaft tüchtige Mitglieder zu retten, wird, so erwarten wir, bei jedem warmfühlenden Menschen rege Beifall und Förderung finden. Jede jüdische Gemeinde, sowie jeder einzelne Jude beteilige sich mit einer Stiftung oder Spende an diesem Liebeswerk, das eine gemeinsame Angelegenheit der gesamten Judenheit werden soll.

Einen genauen Kostenüberschlag werden wir voraussichtlich schon in allernächster Zeit, sobald wir die von unseren Vertrauensmännern in Palästina eingeforderten Aufstellungen erhalten haben, zu veröffentlichen in der Lage sein.

Vorläufig haben wir Stiftungen für unser Waisen-heim mit 10.000 R. für eine Zimmer, 2000 R. für eine Bettstiftung, berechnet. Einige Menschenfreunde haben mit Einzahlungen in dieser Höhe bereits den Anfang gemacht. Die Tabelle für Jahreztsstiftungen enthält unser auf Wunsch jedem zur Verfügung stehendes „Zettelchen des Chajjoh“.

Alle Beiträge erbitten wir an das Bankhaus S. M. von Rothschild auf Konto „Hilfskommission 1915 für Palästina“ fikt. „Waisenhaus“.

Wien, im November 1918.

Das Präsidium der
„Hilfskommission 1915 für Palästina“.

Vorstehenden Aufruf unterbreiten wir sämtlichen Herren Rabbinern, Gemeindevorstehern und anderen Persönlichkeiten, die bisher unser Unternehmen gefördert haben. Auch allen übrigen Menschenfreunden, die nun mehr an unserer Arbeit mitzuwirken sich bereit erklären sollten, mit der Bitte, uns zur Unterschriftung mit ihrem Namen zu ermächtigen. Sobald die Verlehrungsverhältnisse es gestattet werden, soll eine Generalversammlung unserer Hilfskommission stattfinden, für die wir einen ausführlichen Bericht über unsere Tätigkeit während der vier Kriegsjahre, sowie die Vorlegung eines Arbeitsplanes für die nächste Zukunft und Ergänzung unseres Arbeitsausschusses vorgesehen haben.

„Die Hilfskommission 1915 für Palästina“.

Geschäftsstelle: Wien, II., Al. Schiffg. 3. T. 44.871.

Nachstehende Herren haben sich bereits durch Unterschriftung unseres Aufrufes und briefliche Zusicherung,

unsere humanen Zwecke nach besten Kräften zu unterstützen, unserer Aktion angeschlossen:

Rabbiner Dr. Julius Bach; Hillel Badian, Gutsbesitzer; Rich. Betteleheim, Prokurist des Bankhauses S. M. von Rothschild; Vorsteher der Israel-Kultusgemeinde Wien; Oberrabbiner Dr. H. P. Chajes; Rabbiner Dr. J. Drobinský; Rabbiner Dr. David Feuchtwang; Rabbiner M. Kramer; Rabbiner Dr. A. L. Mandl; Rabbiner Dr. A. Rosenmann; Rabbiner Dr. A. Z. Schwarz; Dr. Isidor Schwarzmann in Fa. T. Schwarzmann & Co.; Rabbiner Dr. J. Taglicht; ferner für den Bethausverein „Achdus-Israel“: Vorsteher Dr. Robitschek und Schriftführer, Religionslehrer Wilhelm Koch; für den Bethausverein Erdbergstraße: Obmann Wolf Unger und Obmannstellvertreter Samuel Frost; für den Bethausverein „Chel-Abraham“: Obmann S. Kohn; Obmannstellvertreter Ignaz Weiß; Kassier Hermann Rosenfeld, sämtlich in Wien; ferner Rabbiner Prof. Dr. A. Rosenzweig, Aussig; Rabbiner Professor Dr. Ottokar Kraus, Benešov bei Prag; Rabbiner Dr. Abraham F. Mark, Biela; Rabbiner Dr. M. Steinr, Bielitz; Rabbiner Dr. Sal Linck, Levoča; Rabbiner Univ.-Dozent Dr. David Herzog, Graz; für die Israel-Kultusgemeinde Graz: Präses Simon Mendel, Präsesstellvertreter Adolf Fürst, Präses der Chevra Kadisha Ignaz Adler; Rabbiner Martin Friedmann, Horazdowicz; Rabbiner Dr. H. Fleisch, Stadt Kaniz; für die Israelitische Kultusgemeinde Klagenfurt: Vorstand Max Stöhl; Bezirkssrabbiner J. L. Deutsch, Lubbreg; Rabbiner Doktor Schweiger, Lundenburg; Rabbiner Dr. M. Spira, Mähr.-Ostrau; für die Israelitische Kultusgemeinde Mähr.-Ostrau: Kultusvorsteher Dr. Alois Hilf, Kultusvorsteher-Stellvertreter Dr. Max Böhm; die Kultusräte: Dr. Hermann Fuchs, Nathan Lichtenstein, Salomon Reschovsky, Eduard Wechsberg, Moritz Wechsler; Rabbiner Dr. Oppenheim, Olmütz; für die Israelitische Kultusgemeinde Olmütz: der Vizepräsident Dr. Max Hochwald; kais. Rat Rabbiner Dr. M. Lewin, Nikolsburg; Böhmisches Landeskomitee für Palästinalilfe, Prag; Oberrabbiner Dr. H. Brody, Prag; Rabbiner Dr. S. Arje, Prag-Smichow; Rabbiner Dr. Hofmann, Reichenberg; für die Israelitische Kultusgemeinde Reichenberg: Präsident Dr. Wilhelm Fleischer, Obmann der Humanitätsaktion Siegmund Meiller, Rabbiner Doktor Michael Halberstadt, Schaffa; Rabbiner Dr. S. Zwied, Ungar.-Gradisch; Oberrabbiner Dr. M. Frankfurter, Binkovci; Oberrabbiner Dr. Julius Diamant, Bulovar.

Aus Deutschland die Herren Rabbiner: Dr. A. Eder, Bamberg; Dr. M. Eschelbacher, Düsseldorf; Dr. Sivitz, Gailingen.

Sämtliche Gemeinden und Herren Rabbiner, die noch geneigt sind, unseren Aufruf mit zu unterstützen, bitten wir, bis längstens anfangs April um Bekanntgabe ihrer Zustimmung.

Verband der isr. Religionslehrer an den deutschöster. Mittelschulen.

Montag den 3. März I. J. fand unter dem Vorsitz des Obmannes Rabbiners Dr. M. Rosenmann eine Ausschusssitzung statt. Der Vorsitzende gedachte zunächst des verstorbenen Professors David Graubart, der nach jahrelanger Lehrtätigkeit vor kurzem verstorben ist. Hierauf wurde mit Rücksicht auf die erfolgten tiefseingreifenden staatlichen Unwälzungen über die Existenzberechtigung des Verbandes eingehend debattiert und

einstimmig beschlossen, den Verband aufrechtzuerhalten und einer zur geeigneten Zeit einzuberufenden außerordentlichen Generalversammlung die notwendigen Statutenänderungen vorzubehalten. Nach Vorlage eines vom Kassier Prof. Dr. Goldhamer ausgearbeiteten Kassaberichtes über die letzten fünf Jahre schloß der Vorsitzende die Sitzung.

Wien. In Angelegenheit des Feldrabbiners Dr. Frankfurter erhielt der israelitische Tempelverein für den 19. Bezirk in Wien nachstehende Briefschrift:

An den verehrlichen Vorstand des Tempelvereines Döbling.

Über Ihr Ansuchen haben sich die Unterzeichneten zu einem Richterkollegium konstituiert und die gegen Herrn Feldrabbiner Dr. Frankfurter erhobenen Beschuldigungen an der Hand des ihnen vorgelegten Materials eingehend geprüft.

Dieses Material bestand 1. aus einem mit „Ein sonderbarer Feldrabbiner“ überschriebenen Artikel in „Dr. Bloch's Wochenschrift“ (Nr. 1 vom 3. Januar 1919), 2. aus brieflichen Mitteilungen, die Herr Dr. J. S. Bloch, Redakteur der genannten Zeitschrift, an den Vorstand des Döblinger Tempelvereines und an das Richterkollegium gelangen ließ, und 3. aus den Aussagen der durch Herrn Dr. Bloch namhaft gemachten Zeugen, von denen die in Wien sich aufhaltenden einvernommen werden konnten.

Die Behandlung dieses Materials hat zu folgendem Ergebnis geführt:

1. Herr Dr. Frankfurter war kraft seiner Bestellung zum Feldrabbiner berechtigt und verpflichtet, die Trauungen von Militärpersonen, die der militärgeistlichen Jurisdicition unterstanden, zu vollziehen und die Legalität der durch ihn vollzogenen Trauungen kann in bezug auf die einschlägigen Bestimmungen des bürgerlichen Gesetzbuches nicht bezweifelt werden.

2. Verfügungen des Kriegsministeriums, die nicht erwiesen waren durch Herrn Dr. Frankfurter veranlaßt wurden (wie z. B. die Einflussnahme auf die Zensur beim Verbot der Veröffentlichung von Aufsätzen und Zeitungsnotizen, sowie die Abkommandierung einzelner Feldrabbiner an die Front), konnten wir nicht zur Unterlage unseres Urteils machen.

3. Die Denunzierung von Feldrabbinern oder eine sonstige ehrenrührige Handlung kann Herrn Doktor Frankfurter nicht als erwiesen zur Last gelegt werden. Hingegen trifft ihn mit Recht der Vorwurf, daß er, von Übertriebenem Ehrgeize erfüllt, bestrebt war, seine eigene Person in den Vordergrund zu schieben und durch ein für einen Feldrabbiner allzu stammes und strenges militärisches Betragen sich eine gefestigte und angesehene Position bei seinen vorgesetzten Militärbehörden zu sichern.

Dieses Bestreben hatte zur Folge, daß er im dienstlichen Verlehrte mit Feldrabbinern, sowie bei dienstlichen Eingaben und Referaten, welche Feldrabbiner betrafen, die Kollegialität und die Rücksicht auf die Standesgleichheit derselben vermissen ließ, und daß er ferner jüdischen Soldaten, die in religiösen Angelegenheiten seine Intervention anriefen, zuweilen brüsk begegnete. In diesem Zusammenhange muß bemerkt werden, daß die von Herrn Dr. Frankfurter in einer Zuschrift an das Reservepital 18 verlangte Bestrafung eines jüdischen Soldaten, Missbilligung verbient, obschon Herr Dr. Frankfurter dargelegt hat, daß er es nicht auf die Bestrafung des Betreffenden abgesehen hat, sondern eigentlich feststellen wollte, ob hinter diesem Soldaten den Feldrabbiner feindliche Elemente stehen, und daß er nach-

träglich das Spitalskommando eracht hat, von der Bestrafung abzusehen.

4. Die Einhebung der Stolagegebühren war im Sinne der militärischen Vorschriften auch während der Kriegszeit im Hinterlande berechtigt. Auch die Annahme von Honoraren bei geistlichen Funktionen, für die eine Verpflichtung nicht vorlag, war gemäß einer Entscheidung des Feldsuperiorates nicht standeswidrig.

Ausgen die Forderung eines bestimmten Honorars bei Begegnissen, wie dies in einem uns vorgelegten Falle nachgewiesen erscheint, muß getadelt werden, obgleich wir anderseits feststellen können, daß Herr Doktor Frankfurter in anderen zu unserer Kenntnis gelangten Fällen bei Annahme geistlicher Funktionen auf jedes Honorar verzichtet hat.

5. Es war nicht unseres Amtes, die durch Herrn Dr. Frankfurter vollzogenen Trauungen in bezug auf ihren religiösen Charakter einer Prüfung zu unterziehen, da in dem uns vorgelegten Materiale eine Beschuldigung in dieser Richtung nicht enthalten war. Dessenungeachtet sehen wir uns auf Grund mancher bei diesen Trauungen in Erscheinung getretener Momente (die ständige Annahme einer nichtjüdischen Assistenz bei Verabreichung des Koschel brocho, der Trauvollzug ohne Minjan und ohne Kethuba, die ungenügende Obsorge für das Vorhandensein von religiösen gütigen Trauzeugen) zu der Feststellung veranlaßt, daß Herr Dr. Frankfurter bei Handhabung der auf die Trauung bezüglichen religiösen Vorschriften oberflächlich und leichtfertig vorgegangen ist.

6. Herr Dr. Frankfurter gebührt Anerkennung dafür, daß er es verstanden hat, die seiner Leitung anvertraute Militärseelsorge organisatorisch auszubauen und zu einem in Militärcircellen gewürdigten Faktor zu gestalten. Es muß ferner anerkannt werden, daß er oft mit Nachdruck und Erfolg die religiösen Interessen der jüdischen Soldaten vor den Militärbehörden vertreten hat.

Wien, 10. März I. 5679.

Dr. L. Chajes m. p., Oberrabbiner.
Moritz Kramer m. p., Jakob Hoffmann m. p.
Bezirksrabbiner in Radautz.

Vermischtes.

„Hilfssommission 1915“ und „Jüdisches Waisenhaus“ („Oesterreichisches Landeskomitee“) für Palästina.

Wien, 4. Bezirk, Frankenberggasse 14.

Geschäftsstelle: Wien, 2., Kleine Schifffasse 8/6. Telefon 44871.

Heinrich Mandl, Wien, Jakob Wolf, Mr. Neustadt; je 500 R.; Israelitische Kultusgemeinde Karolinenthal 395 R.; Adolf Reggemetz, Reggemetz, Philipp v. Komperz, Wien, je 100 R.; Artur Bisjik, Budapest, 50 R.; Chewra Kadisha Deutsch-Brod 40 R.; Heinrich Jünker, Budapest, Rabbiner Dr. H. Fleisch, Stadt Kanis, je 30 R.; Helene Wallowitz (für Waisenheime), Eduard Jonas, Schachitz, H. Reif, Wilhelm Löbl, D. Wallowitz, Adolf Lampf, sämtlich in Wien; Josef Krauß, Lajos Rondor, beide in Budapest; Samuel Rosenthal, Sombathely, Aron Nager, Oberberg, Friedrich Lautmann, Sovarnaodny Prostojov je 20 R.; Moritz Deger, Wien, 18 R.; Dr. Heinrich Münch, Wien, 15 R.; Wilhelm Löwy, Eduard Desterreicher, Gustav Pach, Max Welling, Berta Neumann, sämtliche in Wien; Adolf Feher, Frau Dr. Simon Büdai, S. Armin Krauß, Karl Klein, sämtlich in Budapest; Distriktsarzt Dr. E. Konrad, Mayersdorf; Ludwig Nasch, Hollschau, je 10 R.; Géza Bid; Möbeltablissement Siegmund Oppenheim; Arnold Lemberger, Charlotte Rohn, Adolf Böhml, Gustav Libesny, sämtlich in Wien; J. Ruhbaum, Ung.-Ostria; Artur Mahler, Deutsch-Brod; Lipot Nadas, Jenő Kern, beide in Budapest, je 5 R.; Heinrich Kessler, Baumeister Leo Buchen, beide in Karlsbad; Josef Leitner, Wien, je 4 R.; Doktor S. Löffler, Wien, 3 R.; Bend Rat, Budapest; Michael Goldstein, Josef Klein, En. Lustgarten, Dr. Moritz Neumann, S. u. G. A. Dr. Leo Weller, sämtlich in Wien, je 2 R.

Schüler spenden für Waisenheime i. P.

Lehrer Jakob Koratal, Trebitsch 195 R.; M. Stengel, Religionslehrer — Sammlung: 4a Knaben-Volksschule, Wien, 1. Bezirk, Johannesgasse; in den Mädchen-Bürgerschulen, 1. Bezirk, Gedächtnissgasse, und 2. Bezirk, Sternplatz, insgesamt R. 59.10; Sammlung des Professor Dr. M. Rosenfeld, Wien, R. 12.60.

Aus Deutschland sind eingegangen:

Synagogengemeinde Freistadt 40 Mark.

Spitalshilfe für Palästina.

Friedrich Allina, Wien, 50 R.; W. Deutsch, Wien, 20 R.; Rahmenniederlage Eduard Denes, Wien, 10 R.

Jahrestreile für Österreich: Bankhaus S. M. v. Rothschild, Wien, 1. Bez., Rennweg 3, Neue Freie Presse, Wien, 1. Bez., Fichtegasse 11; für Ungarn: Magyar-Alkalusz Hitzelbank, Budapest; für Deutschland: Deutsche Bank, Berlin, Postcheck-Konto Nr. 1000, auf das Konto „Kriegsspitalshilfe für Palästina“.

Verein „Machsike hadath“,

Wien, II., Schiffamtsgasse 20.

Zugunsten der unentgeltlichen Auspeisungskaktion der notleidenden Flüchtlinge sind dem Vereine nachstehende Spenden zugeslossen:

Leopold Grünhut 40 R., Marian Fränkel 40 R., Mayer Blaustein und Menkes 20 R.; Philipp v. Komperz 10 R.; Berthold Jak. Samel und Frau Ernestine März 10 R., Julius Maresse 40 R., Jos. Ringel 30 R., Simon Kempler, Neumarkt und Herr Jos. Ranigl 20 R., Jos. Tau in Kolomea, derzeit in Mr. Neustadt, 20 R., Israel Fisch, Kolomea, derzeit in Wien, 20 R., R. Mann, Brody, derzeit in Wien, 20 R., Baruch Pasternak, Budapest, 20 R., zusammen 290 R.

Spenden für den Verein werden entgegengenommen von unserem Kassier Herrn Bernhard Kleinmann, I., Tiefen Graben 36, und von unserem Obmann Herrn Jakob März, I., Augustengasse 2, in bar oder durch Postkartechein Nr. 106.316.

Richtigstellung! In voriger Nummer ausgewiesener Tisch-Sammlung von 150 R. ist richtig Verkaufspreis von welches unser Mitglied, Herr Abe Hellmann, erstanden hat.

Spenden.

Bei der „Wochenschrift“ eingelaufen:

Von Frau Rita Lillienfeld, Wien, 8. Bezirk, 10 R.; B. Brunner, Wien, 9. Bezirk, 12 R.; für einen wohltätigen Zweck: von Jenny Rütt, Wien, 6. Bezirk, 20 R.; für die Pogromopfer in Galizien: von Oberstabsarzt Dr. Oswald Wulf, Wien, 8. Bezirk, 20 R.

Kultusvorsteher Salomon Brod.

Um 27. Februar ist hier Herr Salomon Brod, Seniorchef der Firma S. Brod & Cie., Vorstandsmitglied der israelitischen Kultusgemeinde, Präsident des Vereines zur Hebung der Gewerbe, im 77. Lebensjahr verschieden. — Kultusvorsteher Brod hat mehr als ein Jahrzehnt der jüdischen Gemeindeverwaltung angehört und dort insbesondere die Interessen der jüdischen Gewerbetreibenden vertreten. Besondere Obsorge wandte er allen Fragen der Jugendfürsorge zu, der Reform des Religionsunterrichtes, der würdigen Ausgestaltung des Jugendgottesdienstes. Der Verein zur Hebung der Gewerbe hat unter seinem Präsidenten eine reiche Entwicklung genommen, starken politischen Einfluss gewonnen und nach vielen Richtungen Segen gestiftet.

Der raschlosen Arbeit, dem organisatorischen Talente des Dahingeschiedenen ist es zu verdanken, daß das Ansehen des jüdischen Gewerbestandes bedeutend gehoben und in dem von ihm ins Leben gerufenen Gewerbevereine würdig und der Tüchtigkeit der Wiener jüdischen Gewerbetreibenden entsprechend vertreten wurde.

Vor einem Dezennium in den Vorstand der israelitischen Kultusgemeinde berufen, verstand er es, auf mancherlei Gebieten segensreiche, wohlbedachte Anregungen zu geben. Seine, besonders Kultusangelegenheiten die Erziehung der Jugend für das Judentum, betreffenden Vorschläge wurden bereits teilweise verwirkt und in die Praxis übertragen.

Sonntag vormittag hat das Leichenbegängnis unter zahlreicher Beteiligung stattgefunden.

Die israelitische Kultusgemeinde war durch Vizepräsident Hofrat Dr. Rappaport und eine große Anzahl Vorstandsmitgliedern vertreten, ebenso wie die meisten der hiesigen jüdischen Vereine, die an dem Dahingeschiedenen einen ihrer wertvollen würdigen, aber auch mitarbeitenden Förderer verloren, ihre Abordnungen sandten.

Die kantonalen Funktionen führte in gewohnt erhabender Weise Oberkantor Morgenstern aus, während der persönliche Freund des Verstorbenen, Ehrenvorsitzender Dr. Feuchtwang, den warm empfundenen Nachruf, der das ganze Wesen und die erprobte Tätigkeit des Dahingeschiedenen ganz vortrefflich charakterisierte, hielt.

Hofrat Dr. Rappaport beleuchtete das segnungsreiche Wirken seines nun verstorbenen Kollegen im Vorstande in vortrefflichen, ehrenden Worten. Landeschulerrat Dr. Markus Spitzer sprach namens der Chewra Kadisha tief erschütternde Abschiedsworte und würdigte speziell die Tätigkeit des Verstorbenen in Angelegenheit der Kranzablösungen, eine Aktion, die ausschließlich der Anregung des Dahingeschiedenen zu verdanken ist.

Am Grabe sprachen noch Direktor Max Fischer der israelitischen Kinderbewahraustalt herzliche Worte des Abschiedes, gehörte doch Herr Brod 46 Jahre dem Tempelvorstande dieses Vereines an und manche segnungsreiche Einrichtung dorthin selbst ist ebenfalls das Verdienst des Verstorbenen.

Nachdem noch Schriftsteller Jacques Jäger namens des Vorstandes des Vereines zur Hebung des Gewerbes tiefsinnige, ergreifende Dankes- und Abschiedsworte gesprochen, wurde der Sarg ins Grab gesenkt.

Wir alle werden dem edlen Verstorbenen ein wohldiges Andenken bewahren. — Friede seiner Seele!

Chewra-Kadisha Wien.

Der Vorstand der Chewra-Kadisha veranstaltet am Vorabend des שׁוֹרְקָן Samstag den 8. März 1919 um 7 Uhr abends im Gemeindetempel, 1. Bezirk, Seitenstettengasse, eine Gedächtnisfeier für die im abgelaufenen Jahre verstorbenen Mitglieder.

Chewra-Kadisha Hünshaus.

Der Vorstand der Chewra-Kadisha für die Bezirke 6, 7, 12 bis 15 veranstaltet am 7. Adar (9. März), halb 6 Uhr abends, für seine verstorbenen Mitglieder eine Trauerandacht im Tempel, 15. Bezirk, Turnerstraße 22, zu welcher sämtliche Mitglieder und Hörner des Vereines sowie Angehörige der Verstorbenen höflich eingeladen sind.

Wien. Sonntag, 9. März 1919, am 7. Adar Scheni, nachm. 5 $\frac{1}{4}$ Uhr, findet in der Vereinssynagoge, 9. Bezirk, Grünengasse 13 (Mühlengasse), eine Trauerandacht für die im abgelaufenen Jahre verstorbenen Vereinsmitglieder statt.

Zur Eröffnungsfeier des jüdischen Studententages.

Eingeseendet.

Als Einleitung zu dieser am 23. Februar I. J. stattgefundenen schönen, harmonisch verlaufenen Feier wurde die „Hattikwah“ auf der Orgel vorgetragen. Unser Lied erlangt so fremd im fremden Tongewände. Ein geschulter Chor, gute Volksmusik wäre viel jüdischer gewesen, hätte als musikalische Umrahmung des Festes erhebender gewirkt, als die jedem jüdisch empfindenden Ohre langfremde Orgel. Dieses Orgelspiel am Sonntag vormittag rief in mir übrigens die Illusion hervor, als ob ich mich in — eine Kirche verirrt hätte. Es sollte Sache aller jüdisch Empfindenden, aller wahrhaft jüdisch Gesinnten sein, den zur Assimilation Graviterenden keine Konzessionen zu machen. Principiis obsta. **Ether.**

Abend Tischoel (Schiffshül).

Sonntag am 7. März (9. März) d. J. wird im Bethausaal, Große Schiffsgasse 8, ein **תְּמִימָה** abgehalten.

Wien. (Trauung.) Dienstag den 11. März d. J. findet in Hamburg im Logenheim, Hartungstraße, die Trauung des Herrn Oskar Neurath mit Fräulein Reha Goldschmidt statt.

Wien-Döbling. Sonntag, 9. März d. J., halb 6 Uhr abends, veranstaltet der Vorstand des Tempelvereines für den 19. Bezirk im Vereinstempel, 19. Bezirk, Döllnergasse 3, eine Trauerandacht für die verbliebenen Krieger des Bezirkes, bei welcher Se. Ehrwürden Herr Rabbiner Dr. Feuchtwang die Gedächtnisrede halten wird.

Zionistischer Frauenverein.

Wien-Döbling. Sonntag den 9. März d. J., 6 Uhr findet im Festsaale der Bühnengenossenschaft, Reichshallen, 1. Bezirk, Dorotheergasse 6/8, ein orientalischer Abend von Erika v. Wagner statt. Karten von 2 R. bis 10 R. bei R. Löwit, 1. Bezirk, Rotenturmstraße 22.

Lustige Purimfeier.

Samstag den 15. März, im Festsaale des Hotel „Continental“, 2. Bezirk, Taborstraße 2: Theateraufführung, Tanz, mimische und komische Vorträge, zwanglose Unterhaltung. Karten von 3 R. bis 10 R. bei R. Löwit, 1. Bezirk, Rotenturmstraße 22.

Wohltätigkeitsakademie.

Der Jüdische Verein „Nord-Ost“ in Wien veranstaltet am Sonntag den 9. März im Festsaale des Hotel „Continental“ eine Wohltätigkeitsakademie unter Mitwirkung namhafter Wiener Bühnenkünstler, verbunden mit einem Tanztränzchen. Beginn 5 Uhr. Tanzarrangeur Prof. Julius Singer, Musikkapelle Herlinger. — Karten im Vorverkaufe zu 4 R. bei W. Kreindler, 2. Bezirk, Obere Donaustraße 69, U. Singer, 2. Bezirk, Kleine Sperlgasse 8; an der Kassa 5 R.

Allgemein pädagogische Abende.

Dozent Dr. phil. und med. Siegmund Kornfeld spricht am 8. März, 6 Uhr, 2. Bezirk, Taborstraße 10 (Eingang Börsenhof), über **Gemütsbildung**.

Wiener jüdisches Organisationskomitee.

Dieses Komitee veranstaltet Dienstag den 11. März I. J., halb 6 Uhr abends, im Ingenieur- und Architektenverein, 1. Bezirk, Eschenbachgasse 9, eine öffentliche Versammlung, in der Herr Gemeinderat Dr. Ritter v. Schwartz-Hiller über die Reform der Wahlordnung für die Kultusgemeinde und Herr Prof. Dr. S. Kraus über jüdische Kultus- und Erziehungsfragen referieren werden.

Wien. Die am 16. Februar verstorbene Frau Stephanie Gräfin Wurmbaud-Stuppach, die eine besonders kunstliebende Dame war, mehrere literarische Schriften herausgab und auch als Klaviervirtuosin tätig war, hat in ihrem Testamente Herrn Dr. Max Nordau mit nachstehenden Worten ein Legat bestimmt: „Dem großen Schriftsteller, dem unentwegten Verkünder der ewigen Wahrheit, Dr. Max Nordau in Paris, ist ein schönes Andenken in Gestalt eines Gegenstandes aus meinem Besitz zu übergeben.“

Jüdische Tonhalle-Josefine Wiedi**Wohlfahrtshaus.**

XX., Deniggasse 33.

Das Konzert am 1. März eröffnete Fr. Liebstödl mit einer Reihe welsamer Recitationen. Die Pianistin Fr. Grete Neufeld spielte ein Impromptu von Chopin, Valse caprices von Rubinstejn, und Marche mignon von Boldini mit blinder Virtuosität. Den Abschluß bildeten Violinvorträge von Fr. Baradise, die allgemeines Entzücken hervorriefen. Samstag, den 8. März veranstaltet Herr Oberkantor Margulies ein Konzert mit reichhaltigem Programm. Mittwoch, den 12. März (6 Uhr abends), konzertiert die Triovereinigung Spitz (Violine), Bürger (Klavier), Slucky (Cello), unter Mitwirkung der ausgezeichneten Konzertsängerin Frau Bergner. Die Generalversammlung der Tonhalle findet Montag, den 24. März 1919, 9. Bezirk, Universitätsstraße 4, in den Räumen des Vereins „Eintracht“ (Bnai Brith), um 6 Uhr abends statt. Die Generalversammlung des Vereins zur Errichtung von Hören für schulpflichtige Kinder an denselben Orte und Tage, um 7 Uhr abends.

Café „Splendide“.

Geehrte Redaktion! Unter der Spitzmarke „Café Splendide“ — ein jüdisch-antisemitisches Kaffeehaus? — brachten Sie in der „Wochenschrift“ vom 28. v. M. eine Zuschrift, unterzeichnet Benzion Safier, in welcher ich sonderbarerweise als Antisemit bezeichnet wurde, der in seinem Kaffeehouse „auf jüdische Gäste verzichte“!

Ich bitte die geehrte Redaktion, Einsicht zu nehmen in die Belege, mit welchen ich von zahlreichen Personen und Korporationen, auch Kultusgemeinden, weil ich in Przemysl, wo ich in der frölichsten Zeit gelebt habe, vielen selbstlos und uneigennützig geholfen habe, als Wohltäter gepriesen werde. Ich half Christen und Juden und glaube, dadurch gerade als Jude meine Pflicht erfüllt zu haben.

Wenn in meinem Kaffeehouse Gäste sich allzulauf unterhalten, erachte ich es als meine Aufgabe, eine Mahnung an die Betreffenden zu richten. In diesem Falle wurde ich anlässlich einer solchen Mahnung von dem Betreffenden gefragt, ob ich etwa keine Juden in meinem Kaffeehouse haben will, worauf ich erwiderte: „Solche Juden allerdings nicht!“ Ueber mein Wirken als Cafetier legen die zahllosen schriftlichen Dankesfundgebungen Zeugnis ab, die ich als heilige Erinnerung aufbewahre und der Redaktion zur Einsicht vorlege. In der „Oesterreichischen Rundschau“ vom 15. April 1915 findet sich ein ausführlicher Artikel: „Das Café Stieber“ von Robert Michael, welchen ich nachzulesen bitte.

Hochachtungsvoll

Karl Stieber,
vormals in Przemysl,
derzeit Wien, Jasomirgottgasse.

Mitritte aus dem Judentum.

Vom 23. Februar bis 1. März 1919.

- Bratter Ernst, geb. 25. Februar 1916 in Wien, 13. Bezirk, Hättendorferstraße 179.
- Bratter Karl, geb. 10. Juni 1914 in Wien, 13. Bezirk, Hättendorferstraße 179.
- Bratter Margarete, geb. 24. Mai 1895 in Wien, 13. Bezirk, Hättendorferstraße 179.
- Freund Margarete, Schülerin, geb. 8. Dezember 1904 in Wien, 3. Bezirk, Ungargasse 29.
- Gotthaber Salomon, Beamter, geb. 26. September 1886 in Rostow, a. Don, 13. Bezirk, Hättendorferstraße 357.
- Hönig Hanna, geb. 19. September 1916 in Wien.
- Hönig Marie, geb. 1. März 1901 in Karolinenthal.
- Herrnried geb. Stolper Martha, geb. 11. April 1885 in Wien, 7. Bezirk, Neubaugasse 8.
- Herrnried Otto, geb. 10. Juni 1875 in Wien, 7. Bezirk, Neubaugasse 8.
- Joachim Alte, Mitglied des Klagenfurter Stadttheaters, geb. 21. Mai 1898 in Wien.
- Marcus Dr. Arthur, Abwolatskandidat, geb. 28. Februar 1886 in Wien, 9. Bezirk, Pramergasse 6.

Mittler Stephan Leo, Hochschüler, geb. 28. September 1897 in Wien, 6. Bezirk, Filzgrabenstraße 12.
 Netter Josef, Redakteur, geb. 25. Dezember 1883 in Wien, 9. Bezirk, Schäffergasse 13 a.
 Rosensfeld Benjamin, Kaufmann, geb. 21. September 1889 in Wien, 19. Bezirk, Porzellangasse 6.
 Schäfer Dorothea, geb. 2. Februar 1880, Rumänisch-Tscheche, 3. Bezirk, Hohlweggasse 11.
 Steiner Adolf, Beamter der Stadtwerke, geb. 1. Oktober 1894 in Wien, 13. Bezirk, Wattmannagasse 25.
 Steiner Paul, geb. 16. Januar 1895 in Wien, 2. Bezirk, Robertgasse 1.
 Stern Dr. Josef, ursprünglich Josef Spitz, geb. 18. Dezember 1889 in Györ, Ungarn, 12. Bezirk, Kreindlgasse 1.

Baden. Am Sonntag den 2. März hat unser Bildungsverein „Maimonides“ seine durch den Krieg unterbrochene Tätigkeit wieder aufgenommen. Die erste Vereinsversammlung unter Vorsitz des Obmannes Dr. Samuel Deutsch fand zahlreiche Beteiligung.

Den Eröffnungsvortrag hielt Herr Oberrabbiner W. Reich mit dem Thema: „Die Notwendigkeit jüdischer Literaturvereine“, unter allgemeiner zustimmender Begeisterung. Es meldeten sich nachher zahlreiche neue Mitglieder an, und ist zu erwarten, daß der Verein mit der neu gegründeten Lesehalle einer blühenden Entwicklung entgegengesetzt.

Feuilleton.

Die Talmudistin.

Von Josef Tatai.

Die ganze Welt weiß, daß der Welzer Zaddik im Himmel lange Zeit dazu ausersehen war, daß er der Messias werde und die Welt erlöse. Seine Seele erhob sich in solche gewaltige Höhe der Heiligkeit und Reinheit, daß selbst die Himmelsengel neidisch auf ihn blickten. Die glückselige Zeit der Erlösung wäre denn auch bald eingetreten, und zu Ende wären die Leiden der Welt — da mischte sich aber der Satan in die Sache, dem, wie bekannt, das Leiden der Menschen Herzensfreude macht. Der Satan vereitelte auch noch rechtzeitig den Plan der Weltenerlösung. Dies geschah also.

* * *

Weit in Weißrußland, in dem sandigen Litauen, wo die Kinder, wie wir wissen, schon in der Wiege mit dem Studium des Talmuds beginnen, und, wie ebenfalls bekannt, die größten Talmudisten so aus den Chedern und Jeschiwos herauswachsen, wie das Gras auf der Wiese, lebte ein Mädchen, das so herrlich schön war, daß ihre Schönheit keine menschliche Sprache zu beschreiben vermag. Vielleicht hätte sie König Salomo nur würdig besiegen können, der von der Sulamit das Hohelied sang — und das auch nur, weil ihn der göttliche Geist beseelte, und weil die Sulamit kein Mädchen aus Fleisch und Blut in Judentum war, sondern die Seele Israels, deren Geliebter kein Menschensohn, sondern der König der Könige selbst gewesen, gepriesen sei sein Name! Aber nicht nur die Schönheit dieses Mädchens war weit und breit, auch in den fernsten Ländern bekannt, sondern auch ihr gewaltiges Wissen in Schriftum und in Talmud, obzw. die talmudgelehrten Frauen in Litauen gar nicht zu den seltenen Erscheinungen des jüdischen Lebens zählten. Dieses Mädchen aber war wahrhaftig ein weiblicher Gaon. Seit seiner Kindheit brannte eine bewundernswerte Wissbegierde in seinem Herzen. Tagelang von früh bis in die Nacht blieb es im Zimmer bei seinem einzigen, mutterlosen, kleinen Bruder, den ein großes talmudisches Genie unterrichtete, und während der Junge in die Geheimnisse des Talmuds und

der alten heiligen Schriften eindrang, hörte auch die Schwester dem Unterricht zu und schritt mit dem Bruder immer vorwärts, immer höher und höher, und stellte der Lehrer eine schwierige Frage, die der Junge nicht beantworten konnte, löste sie mit erstaunlicher Leichtigkeit die schwere Aufgabe. Und das ganze Volk der kleinen Stadt, die Kleinen und die Großen, Unwissende wie Gelehrte, kamen zu der wunderschönen Talmudistin, Wunder zu sehen und Wunder zu hören.

Der Ruf des Wundermädchen drang bald weiter von Dorf zu Dorf, bis das ganze Land voll ward ihres Ruhmes. Sogar in weiten fremden Ländern hörte man von ihr.

Der Vater des Mädchens starb und hinterließ seinen zwei verwaisten Kindern eine ansehnliche Erbschaft. Raum hatte der Junge sein achtzehntes Lebensjahr vollendet, folgte er der Mahnung der Schrift und heiratete. Das Mädchen blieb allein und strebte, sich noch vollkommener zu machen in der göttlichen Wissenschaft. Als sie sich schon stark genug fühlte, sich mit den größten Männern der Gelehrsamkeit zu messen, ging sie auf einen weiten Weg, um die besten Talmudgelehrten der Welt lernen zu lernen. Sie reiste von Stadt zu Stadt, überall wurde sie mit den besten Fertigkeiten empfangen. Die Gelehrten suchten sie auf, ließen sich in die Erörterung wissenschaftlicher Probleme mit ihr ein und alle bewunderten die unendlichen Tiefen ihres Wissens. Es war keine Frage, auf die sie nicht sofort antworten konnte. Stellte sie aber eine Frage, dann standen die Lichsfäulen des Talmuds stumm vor ihr.

Auf ihrem Wege kam sie auch nach Belsz. Sie sehnte sich schon lange, den weltberühmten Zaddik, die weileuchtende heilige Fackel des Golus, kennen zu lernen. Der Zaddik aber, der noch nie in das Gesicht einer fremden Frau geschaut hatte, ließ ihr zu wissen geben, daß er nicht gewillt sei, sie zu sprechen. Er riet auch seine Getreuen ab, sich mit ihr in ein Gespräch einzulassen, seinen Jünglingen befahl er sogar strengstens, die Talmudistin zu meiden.

„Die Werken des Talmuds sind keine Schmuckstücke für Frauen“, sagte er vor den Jüngern der Jeschiwa. „Habt acht, daß ihr in keine Versuchung geratet.“

Und die Jungen der Jeschiwa mieden das sonderbare fremde Mädchen und wagten es nicht, in seine Nähe zu kommen.

Nur ein Jüngling war, den seine Wissbegierde schon lange beunruhigte einer schweren, Kopfschmerzenden Frage wegen, und weil die Liebe zur Thora noch größer war in seinem Herzen, als die Ehrfurcht vor seinem Lehrer, ging er im geheimen zu dem Mädchen, daß er ihm das unlösbare, talmudische Rätsel vorlege. Das Mädchen beantwortete die Frage leicht und der Jüngling eilte mit strahlendem Antlitz heim. Dem Zaddik gegenüber erwähnte er nichts, einigen seiner Kollegen mußte er aber sein Geheimnis doch verraten. Die Talmudjünger schlichen nun einzeln zum Mädchen, ein jeder gab ihr seine schwere Frage auf und gingen dann mit der erteilten Antwort glücklich von dannen und nahmen die staunenswerten Fragen mit sich, die ihnen wieder das Mädchen stellte, daß sie über dieselben nachdenken oder daß sie vom Zaddik, von ihrem großen Meister, die Antwort erhalten.

Als der Zaddik am nächsten Tage den Talmudvortrag begann, bestürmten ihn die Schüler einer nach dem anderen mit den tiefsinnigsten Fragen. Solche scharfsinnigen Fragen hatten sie noch nie an ihn gerichtet. Als er dann seine Jünglinge einem strengen Verhör unterwarf, bekannten sie zugestanden und zögerten, daß sie ihre Wissbegierde nicht beherrschen konnten, im geheimen das Mädchen besuchten und von ihr diese meerestieffsinnigen

Fragen hörten, welche sie — wie sehr sie sich auch den Kopf zerbrachen — bisman nicht beantworten können.

„Und seit ihr durch die Schönheit des Mädchens nicht in Versuchung geraten?“ fragte der Zaddik streng.

„Es ist ein solch himmlisches Vergnügen, die heilige Thora von ihren Lippen zu hören,“ sagte begeistert das Haupt der Jeschiva, „ihr strahlender Geist reicht in solche Höhen mit sich, daß ihr kein sinnlicher Gedanke nahtreten kann.“

Der Zaddik dachte lange, lange nach und forschte in den heiligen Büchern. Nachdem er aber die Fragen auch am dritten Tage noch nicht beantworten konnte, entbrannte auch seine Sehnsucht, die Antworten zu hören.

„Gehet also hin zu ihr,“ sagte er, „ich bitte sie, die Antwort auf die gestellten Fragen zu geben. Habet aberacht,“ fügte er hinzu, „daß immer wenigstens zwei von euch bei ihr sind, daß ihr das Verbot der Weisen, allein mit einer fremden Frauensperson zu sein, nicht übertretet.“

Die Jünglinge kamen traurig zurück und meldeten ihrem Meister, das Mädchen wolle nur ihm, dem Zaddik, persönlich Antwort erteilen, nachdem sie sich schon solange lehnt, das Licht Israels, den Leuchtturm des Talmudmeeres, kennen zu lernen. Wünscht der Zaddik die Erklärung zu hören, empfange er sie in seiner Stube.

In der Seele des Zaddiks kämpfte die Wissbegierde, die Liebe zur Thora mit der Furcht vor dem fremden Weibe. Er hatte ja noch nie mit einem anderen Weibe gesprochen als mit seiner Gattin, und auch mit ihr nur das notwendigste. „Schone das Wort“, sagen die Weisen, „mit deiner Frau, noch mehr aber mit einer fremden.“ In die Geheimnisse der Thora sich zu vertiefen, ist aber das größte Tugendwerk. Eine rätselhafte Stelle zu lösen, die verborgenen Schätze der heiligen Schrift zu beleuchten, ist das heiligste der göttlichen Gebote.

In der Seele des Zaddik hatte endlich die Liebe zur Thora den Sieg davongetragen und er ließ das Mädchen zu sich einladen, er sei bereit, die Antworten persönlich entgegenzunehmen.

Als das Mädchen das große Zimmer des Zaddik betrat, hesteten die Anhänger und Jünglinge des Heiligen alle verzaubert ihre Blide auf das feenhafte schöne Gesäß, nur der Zaddik hob seine Augen nicht zu ihm auf. Starr, mit geschlossenen Augen, saß er an seinem Platz und wartete, bis das Mädchen zu reden begann.

Wie eine Himmelsglocke klang die Stimme des Mädchens, als es die talmudischen Fragen mit erstaunlicher Leichtigkeit löste. Das Zimmer ward voll mit der feuerheißen Lust der Thora und keiner traute sich ein Wort dazwischenzurufen. Selbst der Zaddik, als verzauberte ihn die Wonne, hörte regungslos den Vortrag des Mädchens zu Ende und nur als sie plötzlich endete, sagte er mit weicher Stimme:

„Nur auf die letzte Frage hast du, meine Tochter, keine Antwort gegeben, und diese war die tiefstinnigste, auf diese wollte ich in erster Reihe deine Antwort hören.“

„Diese, weil sie nur dem Größten gziemt,“ sagte sie, „kann ich dir nur dann erläutern, wenn niemand außer dich sie hört.“

Der ganze Saal war überrascht. Die Getreuen und die Jünglinge waren fragende Blide aufeinander.

Was wird jetzt wohl der Zaddik tun?

Die Seele des Zaddik war aber so tief in die Schönheiten der vernommenen Thoragedanken versunken, daß er selbstvergessen sagte: „So soll sich denn jeder entfernen.“

Der Saal des Zaddik war in wenigen Minuten leer. Inzwischen erlaubte sich ein Erstaunter die Bemerkung:

„Man darf doch mit ihr nicht allein bleiben!“

„Die Thora schützt“, versetzte dem Zudringlichen ein Nachbar.

Und der Zaddik blieb mit dem fremden Mädchen allein im Zimmer. Mit düstenden Lippen lauschte er auf die dem Munde des wunderschönen Mädchens entströmenden heiligen Geheimnisse. Ein jedes ihrer Worte klang wie ein Harfenlied der himmlischen Engel durch sein Ohr. Seine Seele, sein Herz, sein ganzes Wesen ward von einer göttlichen Wonne durchdrungen. Und er konnte sich nicht mehr zurückhalten, er mußte auf das Wundergeschöpf Gottes blicken, aus dessen Munde ihm die süßen Töne entgegenströmten.

Und als er das herrliche, Schöne Mädchen sah, fühlte er einen Moment, als mischte sich in den Bassamduft, der von ihren Lippen strömenden Thora der glühende süße Hauch des Mädchensmundes . . .

Der Zaddik fuhr erschrocken zusammen. Er stand schnell auf, lief zur Tür, riß sie auf und rief mit flehender Stimme:

„Meine Kinder, meine Jungen, kommt schnell herein!“

Und die tiefer in die Weltenflut zu blicken vermögen, die wissen, daß das ganze ein Werk des Satans war, der nur mit der Kraft der Thora den Belzer Zaddik zu dieser kleinen Sünde verleiten konnte, daß er nicht der Messias werde und die Welt der langersehnten Erlösung noch weiter warte.

(Aus dem Ungarischen übersetzt von Dr. Leo Singer.)

Briefkasten.

Dr. Wilhelm Berleshammer. Sie sind im Jettum. Die Publikation der Austrittserklärungen ist nicht eine „Abwehr“-Maßregel, von „Dr. Bloch's Wochenschrift“, die sich vielmehr jahrelang gegen die Publikation solcher Ausweise gewehrt hat. Vielmehr wurde damals diese Publikation von jüdisch-nationaler und zionistischer Seite eindringlich gefordert und der verstorbene Präsident der israelitischen Kultusgemeinde, Dr. Alfred Stern, hat dieses zionistische Verlangen als gerechtfertigt anerkannt und die Publikation angeordnet. Dr. Bloch selber hat vor Jahren in einigen Versammlungen, in welchen diese Frage zur Erörterung gelangt war, die Zweckmäßigkeit solcher öffentlicher Ausweise stark bezweifelt. Wir haben uns jedoch dem Verlangen der Zionisten einerseits und der Kultusgemeindeleitung anderseits gefügt. Es hat nun aber wieder gezeigt, daß Leute, die ihren Austritt aus dem Judentum erklärt hatten, nicht Anstand nahmen, auf Benefizien bei jüdischen Wohlfahrtsinstituten und sogar auf jüdische Stipendien — unter Beilage des Geburtszeugnisses — zu reflektieren und nur die Publikierung der Austrittserklärung der betreffenden Personen, hat das Geinen solchen Missbrauches verhindert. Derlei Fälle sind nicht vereinzelt vorgekommen.

M. H. Die Wahlen dürfen wohl erst im Herbst kommenden Jahres stattfinden.

Sch. Der famose Professor Dr. Siegmund Erben, der sich als einen der ältesten Zutreiber des Militarismus betätigte und dienstuntaugliche Personen als angebliche Simulanten ins Feld schickte, wo sie meistens zugrunde gingen, dieser famose Herr Professor ist endlich zur Erkenntnis gelangt, daß sein Verbleiben in der jüdischen Gemeinschaft keinen Sinn hat und deswegen auch konsequenterweise schon Ende vorigen Jahres seinen Austritt amtlich angemeldet. Damit hat er dem Judentum wenigstens einen Dienst erwiesen.

Nette israelitische Köchin gesucht
Wollner, IX., Alserstraße Nr. 40
Goldwarengeschäft